

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2
 Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 24. September 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Gewerkschaftskollegen!

Der Bundesausschuß, die Vertretung der Hauptvorstände, hat am 9. und 10. September in Berlin getagt. Die Ergebnisse der Beratungen sind Euch aus der Gewerkschaftspresse bekannt. Über diese Berichterstattung hinaus muß ich Euch sagen, was uns alle an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte bewegt.

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietraucht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesvorstand haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus unsere Verbandsvorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nörpel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die Schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheitsfront aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorsitzende

Leipart

Wie sollen sich die Arbeitnehmer bei Durchführung der Papen-Verordnung verhalten?

Drei Millionen Arbeitslose werden durch die Papen-Notverordnung wieder in die Betriebe eingestellt. Das ist die Prophezeiung der Kommunistischen Partei. In allen ihren Blättern behauptet sie, daß auf Grund des § 1 der Notverordnung vom 5. September ein 12½prozentiger Lohnabbau erfolge. Voraussetzung hierfür wäre, daß 25 Proz. neue Arbeitskräfte eingestellt würden. Bei nur 12 Millionen Arbeitender wären das 3 Millionen. Leider werden nicht einmal, wie Papen behauptet, 1—1½ Millionen, sondern vielleicht 500 000—600 000 auf Grund der Notverordnung eingestellt werden.

In den öffentlichen Betrieben wird der Prozentanteil noch erheblich geringer sein als in der Privatindustrie. Die in den Gemeinden beschäftigten Wohlfahrtsarbeiter sind nämlich für die Regel noch billiger als die mit der Notverordnung „beglückten“ Arbeiter. Voraussetzung für die Anwendung der Notverordnung ist nämlich, daß auch der Neueingestellte als Tarifvertragsarbeiter behandelt wird. Für den neu Eingestellten/müßte der Reichsmanteltarifvertrag zur Anwendung kommen.

Eine Gefahr, die nach dem Buchstaben der Notverordnung für die Wechsellöhntarbeiter bestand, ist durch die erfolgreiche Arbeit der Spitzenorganisation beseitigt worden. Nach der Notverordnung konnte, wenn für die Wechsellöhntarbeiter die Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden verkürzt wurde und dann für den Betrieb 25 Proz. neue Arbeitskräfte eingestellt wurden, neben dem Lohnverlust von 6 Stunden noch eine 12,5prozentige Lohnkürzung eintreten. Das ist nach den Ausführungsbestimmungen nicht mehr möglich. Der Prozentsatz, der durch die Arbeitszeitverkürzung verloren ginge, muß auf die Lohnkürzung nach § 1 der Verordnung vom 5. September angerechnet werden.

Für den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Notverordnung ist wichtig zu wissen, daß die Notverordnung nicht zur Anwendung kommt, wenn ein Lohnarifvertrag nicht besteht. In dem Fall kann ohne jede Rücksicht der Kampf geführt werden. Damit werden alle Gefahren umgangen, die eventuell entstehen könnten, wenn gegen die auf Grund der Notverordnung festgesetzten Löhne gestreikt wird. In der Ausführungsbestimmung des Reichsarbeitsministeriums vom 15. September wird erklärt, „als Tarifverträge im Sinne dieser Verordnung gelten die im Tarifvertrag vorgesehenen Sätze unter Abzug der in der Verordnung vom 5. September 1932 vorgesehenen Abzüge.“ Streik wäre nach Auffassung des Reichsarbeitsministeriums also Tarifbruch. Trotzdem gilt es, unsere Rechtsauffassung über die verfassungswidrige Einengung des Tarifrechts mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen. Weil dem gewerkschaftlichen Kampf gegen die Notverordnung für den tariflosen Betrieb keine Schwierigkeiten bestehen, soll wieder von der Verbindlichkeitserklärung Gebrauch gemacht werden.

Wenn der Rechtsweg beschritten werden muß, um gegen eine Anwendung der Notverordnung Einspruch zu erheben, ist folgendes zu beachten. Die Arbeit der Betriebsräte wird in der Notverordnung in keinem Punkte eingeschränkt. Alle im Betriebsrätegesetz gegebenen Mittel sind anzuwenden.

Alle Betriebsabteilungen eines Unternehmens sind als einheitlicher Betrieb anzusehen.

Lohnsenkung tritt für Angestellte und Arbeiter gesondert ein. Werden nur Arbeiter in der erforderlichen Zahl eingestellt, dann wird das Gehalt der Angestellten nicht gekürzt.

Alle neben dem eigentlichen Tariflohn bestehenden Zulagen, die nicht im Tarifvertrag in haren Beträgen vorgesehen sind, werden nicht gekürzt. Dasselbe trifft auch zu für Sachbezüge, Aufwandsentschädigung (eventuell auch Ueberstundenpauschvergütung), Sozialzulagen usw.

Saisonbetriebe fallen nicht unter die Notverordnung. Ein Verzeichnis der Betriebe wird noch herausgegeben. Das Weihnachtsgeschäft gilt auch als Saisonbetrieb.

Es müssen bei einer eventuellen Anwendung der Notverordnung möglichst alle betroffenen Arbeiter Klage erheben, daß a) die Notverordnung den Tariflohn nicht abändern darf, b) falls die Frage vom Gericht bejaht wird, die Notverordnung falsch angewendet wird. Vorarbeit hierfür haben die Betriebsräte zu leisten.

Der § 7 „Lohnkürzung bei gefährdetem Betrieb“ könnte erfolgreich vielleicht nur für Herrn von Papen angewendet werden. Voraussetzung wäre allerdings, er „arbeitete“ im Dienste des

Reiches. Weil er Beamter ist, gilt die Notverordnung für ihn „erfreulicherweise“ nicht. Sonst soll aber der § 7 in Ausnahmefällen nur nach eingehender Buch- und Bilanzprüfung in Anwendung gebracht werden. Eine Verbindung von § 1 und § 7 der Notverordnung oder umgekehrt soll nicht stattfinden.

Die Bestimmungen der Notverordnung und der bisher erlassenen Ausführungsbestimmungen sind so widerspruchsvoll, daß der Kampf auch durch Klagen bei den Arbeitsgerichten mit Erfolg geführt werden kann und muß. Hierbei werden die Gewerkschaften wirksame Unterstützung leisten können.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband wird darüber anders denken. Schon vor einem Jahr hat er unter dem damaligen Nazi-Einfluß den Arbeitgebern angeboten, freiwillig durch Tarifvertrag eine Regelung im Sinne der Papen-Notverordnung vorzunehmen. Als die Arbeitgeber, um mehr zu erreichen, sich zierten, hat sich der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband bitter beschwert, daß die Arbeitgeber das Angebot abgelehnt haben. Mehr ist an nationalsozialistischer „Aufopferung“ nicht zu verlangen.

Unsere Parole ist: Kampf dem Lohnabbau, ob mit oder ohne Notverordnung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln. P. Sch.

UNSERE JUGEND

Haben wir Jugendliche in unserem Organisationsbereich?

Eine für den Kenner absonderlich klingende Frage. Und doch muß sie aufgeworfen und beantwortet werden. Ist es nicht fast jedem, den die Jugendarbeit besonders angeht, schon so ergangen, daß er auf seine Frage nach der im Ort vorhandenen, im Verband organisierten Jugend die Antwort erhält: In unserem Ort gibt es keine Jugendlichen, die für unsern Organisationsbereich in Frage kommen. O wie leicht ist es, diese Kollegen eines Besseren zu belehren. Gibt es keine Friseurgeschäfte oder Gärtnereien im Ort, die Lehrlinge beschäftigen; sind in den Handels- und Verkehrsbetrieben keine Boten oder jugendlichen Arbeitskräfte tätig? Aber auch in Staats- oder Stadtbehörden sind oftmals jugendliche Hilfskräfte vorhanden. Die Statistik berichtet, daß die Zahl der Friseurlehrlinge etwa 35 000 bis 38 000 und die der Gärtner- und Bindereilehrlinge etwa 35 000 beträgt; sie meldet zwar keine genauen Zahlen über die jugendlichen Boten und Hilfsarbeiter, aber mit 100 000 dürfte die Zahl noch sehr gering geschätzt sein. Sollte es wirklich Städte geben, in denen von den genannten jugendlichen Arbeitskräften niemand vorhanden ist?

Gewiß ist es nicht immer leicht, gerade die Jugend für unsere notwendige Gewerkschaftsarbeit zu begeistern. Aber auch sie hat ja begriffen, daß ihre Arbeitskraft für sie die Existenzgrundlage bedeutet, also muß auch sie in unseren Reihen zu finden sein. Es genügt nun nicht, den jungen Menschen zum Beitragszahler gewonnen zu haben, sondern wir brauchen den ganzen Menschen. Das Organisationsleben der Älteren genügt ihm naturgemäß nicht, darum muß er der bereits vorhandenen oder zu schaffenden Jugendgruppe zugeführt werden. Von dem jeweiligen Leiter hängt nun viel die Erziehungsarbeit ab. Die Organisationen brauchen einen Nachwuchs, der nicht nur den Stürmen der Gegenwart trotzt, sondern auch darüber hinaus unsere Ideen in die indifferente Masse hinausträgt; eine Aufgabe, die zu lösen an keiner Stelle mehr gezögert werden darf.

Die vielfachen Wahlen dieses Jahres haben das ganze Volk — und die Jugend besonders — aufgerüttelt, es aufgeschlossen für alle Fragen, die sonst außerhalb ihres eigenen Interessengebietes lagen. Nützen wir den noch vorhandenen Schwung auch einmal für uns, für die Gewerkschaftsbewegung, aus. Und wenn wir jetzt verbend zu unseren Verbandskollegen gehen, ihnen den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise klarzumachen versuchen, indem wir ihnen unser sozialistisches Wirtschaftsprogramm entgegenhalten, so werden wir nicht mehr achtlos an unseren jugendlichen Kollegen vorübergehen. Alle Kraft in diesem Sinne eingesetzt, und unsere Parole „Kein Ort ohne aktive Jugendgruppe“ muß noch in diesem Jahr Erfüllung werden. K. K.

Rüftet zum 6. November 1932!

Am Montag, dem 12. September, nachmittags 4 Uhr, beendete der sechste Reichstag der deutschen Republik nach einstündiger Beratungsdauer seine zweite und letzte Tagung. Ohne daß es zur Abgabe der Regierungserklärung kam, löste der Reichskanzler Herr von Papen den Reichstag zum zweiten Male auf.

Die Begründung, die zur Rechtfertigung der ersten Reichstagsauflösung gegeben wurde, bestand darin, daß man erklärte, die Zusammensetzung des Reichstages entspreche nicht mehr der wahren Grundstimmung des deutschen Volkes. Herr von Papen wünschte die Wahl von Nationalsozialisten, die er als aufstrebende nationale Bewegung und als „aufbauwillige Kräfte“ den deutschen Wählern bei der Wahl am 31. Juli empfahl. Ergebnis dieser Propaganda waren 230 Reichstagsitze für die Nationalsozialisten. Nach dem 31. Juli erklärte Herr von Papen, die Reichsregierung sei mit dem Wahlergebnis zufrieden. In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 12. September 1932 wird als Begründung für die Auflösung angegeben:

„Weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September d. J. verlangt.“

Diese Gefahr bestand allerdings. Und nicht nur diese Gefahr, sondern auch die andere, daß der Reichstag der Gesamtregierung mit einer erdrückenden Mehrheit das Mißtrauen aussprechen würde. Wir überlassen die Auslegung des Streites, ob die am 12. September vorgenommene Abstimmung des Reichstages rechtsgültig war oder nicht, getrost den Staatsrechtlern und den dazu berufenen Instanzen. Jedenfalls hat die Abstimmung gezeigt, daß 512 Abgeordnete gegen die Regierung und für die Aufhebung der Notverordnung gestimmt haben, während für die Regierung lediglich die Parteien der Herren Hugenberg und Dingeldey mit ganzen 42 Stimmen eintraten. Die Volksvertretung bestreitet also dem Kabinett des Herrn von Papen ganz entschieden die Legitimation für das weitere Im-Amt-Bleiben.

Die Reichsregierung glaubt aber anscheinend im Vertrauen des Reichspräsidenten und gestützt auf die Wehrmacht des Staates eine stärkere Legitimation zu besitzen und sich über den Volkswillen brüsk hinwegsetzen zu können. Das geht aus der Rundfunkansprache, die der Reichskanzler am Abend nach der Reichstagsauflösung hielt, unmißverständlich hervor. Denn daß die Neuwahl des Reichstages Herrn von Papen eine Mehrheit verschaffen könnte, glaubt er wohl selbst nicht.

Inzwischen ist der Termin für die Neuwahl des Reichstages bekanntgegeben und auf den 6. November 1932 festgelegt worden. Die Regierung hat durch den Mund des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl die Durchführung der Wahlen davon abhängig gemacht, daß „Ruhe und Ordnung nicht gestört werden“. Das letztere wünschen auch wir. Jedoch, wenn diese Sorge besteht, so hat nicht zuletzt die Regierung des Herrn von Papen selbst durch ihre Handlungen unendlich viel Ursachen zur inneren Beruhigung des Landes beigetragen.

Die Regierung des Herrn von Papen hat eine „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft“ herausgebracht. Glauben die derzeitigen Machthaber etwa, daß die „Behebung der Wirtschaft“ nur auf Kosten der Arbeiter bewirkt werden kann und daß der verkündete Lohnabbau zur Beruhigung der in ihrer Existenz aufs schwerste bedrohten Arbeiter und Angestellten beitragen wird? Glaubt man wirklich, daß die Milliarden-Kuergeschenke an das Unternehmertum und den Besitz auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Generalermächtigung, die sich die Reichsregierung selbstherrlich genommen hat, um alle beliebigen Eingriffe auf allen Gebieten der Sozialversicherung und der sozialpolitischen Gesetzgebung vornehmen zu können, als

Beruhigungspulver auf die breiten Massen des schaffenden Volkes wirken? Soll die Arbeiterschaft ruhig zusehen, wie das Tarifrecht zerschlagen, ihr Lebensniveau immer tiefer gedrückt und ihre politische und soziale Entrechtung immer weiter getrieben wird? Den Adelsherren in der Reichsregierung muß deutlich gemacht werden, daß sie sich einem Köhlerglauben hingeben, wenn sie annehmen, daß ihre Methoden Billigung und Zustimmung bei den breiten Massen des arbeitenden Volkes fänden. Die Regierung hat Wind gesät, sie muß Sturm ernten. Der von der Sozialdemokratischen Partei eingeleitete Volkseinsatz gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung ruft die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die sozialreaktionären Maßnahmen der Reichsregierung. In dem bevorstehenden Wahlkampf um die Neuzusammensetzung des Reichstages müssen

alle fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte unseres Volkes mobil gemacht werden,

um der Reaktion eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Dabei hat die Arbeiterbewegung einen Kampf gegen drei Fronten zu führen. Der Kampf gilt nicht nur den kapitalistisch-feudalistisch-monarchistischen Restaurationsbestrebungen der Papen-Regierung, sondern auch ihren freiwillig-unfreiwilligen Helfershelfern, den Nationalsozialisten und Kommunisten.

Die gegenwärtige Reichsregierung und die derzeitigen politischen Zustände in Deutschland konnten nur entstehen dank der zersetzenden und häßerfüllten Propaganda, die von den Nazis und den Kommunisten jahrelang gegen Demokratie und Parlamentarismus geübt worden ist.

„Auf unseren breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert“

schrrieb wenige Tage vor der Reichstagsauflösung der Nazi-führer Dr. Goebbels im „Angriff“. Adolf Hitler befestigte in der letzten Zeit wiederholt mit anderen Worten den gleichen Tatbestand. Wenn die Nationalsozialisten sich jetzt als grimmige Gegner der Papenregierung und eifrige Verteidiger der Weimarer Verfassung aufspielen, so ist das nichts anderes als ein plumpes politisches Täuschungsmanöver und ein ergötzlicher Beweis dafür, in welche üble Situation die Nazi-partei sich selbst hineinmanövriert hat. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 10. September 1932 hält den Nationalsozialisten den Spiegel vor und zeigt ihnen mit den nachstehenden Ausführungen recht drastisch, welche Rolle sie eigentlich gespielt haben:

„Mißliche wirtschaftliche Verhältnisse zertrümmerten die bürgerlichen Parteien und trieben die Leute in den politischen Missetzismus. Die Auswüchse wiederum hätten zu einem latenten Bürgerkrieg geführt. Hier sahen wir die jetzigen Staatsmänner eingreifen; mit Geschick sind sie dabei, die mißlich bombastischen Kräfte langsam aber sicher zurückzudrängen.“

Die zeitige innerpolitische Notwendigkeit soll diesen Kräften nicht abgeprochen werden. Als Schrittmacher, Trommler und Einpauker hatten sie eine wichtige Rolle zu erfüllen. Sie ist erfüllt, sie werden sich den neuen Herren unterordnen oder sie haben ausgespielt.“

Das ist die Lehre, die das deutsche Volk aus den jüngsten politischen Ereignissen ziehen muß: Grundsätzliche Gegner der Demokratie haben im Reichstag nichts zu suchen. Ihre Wahl bedeutet und bewirkt nichts anderes als eine Schwächung des Parlaments und der Volksrechte und damit das Wiederaufkommen der reaktionären und volksfeindlichen Mächte. Deshalb

alle Kräfte eingesetzt für den Sieg der Sozialdemokratie am 6. November! Unsere Arbeit für den Sieg der Demokratie und der Freiheit am Wahltag verbinden wir gleichzeitig mit einer verstärkten Werbearbeit für unseren Gesamt-Verband. In diesem Sinne rüsten wir für den 6. November 1932!

Anton Reijner.

Der Kampf um die Sozialisierung der Wirtschaft

Die Antäuge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Herbeiführung der sozialistischen Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft haben in dem politischen Durcheinander der letzten Wochen auf bürgerlicher Seite nicht die Beachtung gefunden, die man unter anderen Umständen erwarten durfte. Soweit sich die bürgerliche Presse damit beschäftigte, geschah es in meist sehr oberflächlicher Weise. Entweder bezeichnete man die sozialdemokratischen Anträge lediglich als gegen die Kommunisten gerichtete, im übrigen aber aussichtslose Agitationsanträge oder als ein taktisches Manöver, um den „Sozialismus“ der Nationalsozialisten zu entlarven und bloßzustellen.

Die kritische Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage und die daraus zu gewärtigenden Kämpfe dürften jedoch der Öffentlichkeit sehr bald den Beweis liefern, wie sehr diese Auffassung auf Irrtum beruht. Das sozialdemokratische Wirtschaftsaufbauprogramm ist nicht spontanen Agitationsbedürfnissen entsprungen, sondern beruht, wie das den sozialdemokratischen Anträgen zugrunde gelegte Wirtschaftsaufbauprogramm der Gewerkschaften, auf eingehenden, die wirtschaftliche und politische Entwicklung berücksichtigenden Vorarbeiten. An sich stellt dieses Wirtschaftsaufbauprogramm nichts Neues dar, da es im wesentlichen nur die Forderungen des sozialdemokratischen Heibelberger Programms enthält. Nur daß diese Forderungen statt der theoretischen Form eine dem angestrebten Zweck und den vorhandenen Verhältnissen angepasste realpolitische Formulierung und Ausweitung erfahren haben.

In dieser Form wird das sozialdemokratische Wirtschaftsaufbauprogramm bei den kommenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfen eine große Bedeutung erlangen. Es kündigt eine wirtschaftliche Weltwende an! Um so mehr ist erforderlich, daß die Arbeiter seine Bedeutung in vollem Umfange erkennen und sich die Forderungen des Programms geistig so zu eigen machen, wie es ihre politische und wirtschaftliche Kampfstellung erfordert. Denn nur so dürfen sie bei den zu führenden Kämpfen auf baldige greifbare Erfolge rechnen.

Wie aus den sozialdemokratischen Anträgen hervorgeht, zielen sie nicht auf eine Vollsozialisierung der Wirtschaft ab, sondern es wird damit nur eine Sozialisierung ihrer wichtigsten Teile, der Schwerindustrie, der Großbanken und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes angestrebt. Ferner wollen sie eine Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung herbeiführen. Diese Grundlage soll geschaffen werden, um den Umbau des für die Herstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse unfähig gewordenen kapitalistischen Wirtschaftssystems in die sozialistische Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft einzuleiten. Eingeschlossen in die Sozialisierung sind auch die vom Reiche subventionierten Unternehmungen. Außerdem ist eine staatliche Kartell- und Monopolkontrolle und schließlich für eine zentrale Regelung und Förderung aller Sozialisierungsmaßnahmen die Errichtung einer Planwirtschaftsstelle vorgesehen. Alles weitere bleibt zunächst der sich hieraus ergebenden weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung überlassen.

Dieses Vorgehen entspricht dem, was Friedrich Engels bereits vor etwa 50 Jahren in seiner Schrift „Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ voraus sagte: „Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form — nämlich die Vergesellschaftung der Unternehmungen in Aktiengesellschaften usw. — nicht mehr und der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß ihre Leitung übernehmen. — Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletariat verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung bei Strafe des Untergangs zu vollziehen hat. Indem sie mehr und mehr auf Umwandlung der großen vergesellschafteten Produktionsmittel drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung dieser Umwälzung.“

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir an dem Punkte angelangt sind, wo die von den großen Theoretikern des Sozialismus Marx und Engels angekündigte wirtschaftliche und politische Umwälzung zur gebieterischen Notwendigkeit geworden ist. Die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft ist, wie es ihr katastrophales Daniederliegen sowie die seit Jahren bestehende, ständig zunehmende ungeheure Arbeitslosigkeit zeigt, zu einer nicht nur den eigenen Bestand, sondern auch das Staats-

gefüge bedrohenden Gefahr geworden. Hier muß eine Aenderung eintreten, wenn ein jäher Zusammenbruch mit unabsehbaren Folgen für die Gesamtheit des Volkes verhütet werden soll. Die von kapitalistischer Seite, auch von der gegenwärtigen Reichsregierung dagegen angewendeten Mittel sind zur Herbeiführung einer auch nur vorübergehenden Besserung der Wirtschaftslage nicht geeignet. Diese kann nur der Sozialismus, die Einführung der sozialistischen Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft bringen.

Die ökonomischen Voraussetzungen sind hierfür gegeben. Der kapitalistische Produktionsapparat weist die höchste Leistungsfähigkeit auf. Er ist imstande, bei voller Inangabe weit über das gegenwärtige Maß hinausgehende Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Wie ganz offensichtlich ist, leidet die kapitalistische Wirtschaft nicht darunter, daß zu wenig produziert werden kann, sondern nur daran, daß die von ihr erzeugten Waren infolge der durch die kapitalistische Ausbeutung ausgehöhlten, teilweise vernichteten Kaufkraft der Verbraucher keinen entsprechenden Absatz finden. Das hieraus entstehende Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verteilung ist der Kapitalismus außerstande, zu beseitigen. Daran hindert ihn jetzt wie in Zukunft seine lediglich auf den individuellen Eigennuß beruhende wirtschaftspolitische Einstellung, die er nicht aufgeben will und auch nicht aufgeben kann.

In besonderem Maße sind die ökonomischen Voraussetzungen für eine Sozialisierung bei der Schwerindustrie, den Großbanken und dem großagrarischem Landbesitz vorhanden. In diesen Wirtschaftsgebieten haben wir die Hauptstütze des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erblicken, gegen die sich daher die sozialistischen Angriffe mit aller Energie zu richten haben. Das ist um so mehr notwendig, als auch von dieser Seite her jeder politische, wirtschaftliche und soziale Fortschritt am schärfsten bekämpft wird, dort der Herd ist, von dem alle reaktionären Anschläge gegen die Freiheit sowie gegen den sozialen Aufstieg der arbeitenden Volksschichten ausgehen.

Für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft ist aber nicht nur das Vorhandensein der ökonomischen Voraussetzungen erforderlich, es müssen dafür auch die politischen und psychologischen Vorbedingungen bestehen. Beides steht zueinander im engsten Zusammenhang. Das besagt, daß im deutschen Volke der Wille bestehen muß, eine solche Umwandlung vorzunehmen! Bei objektiver nüchterner Beurteilung liegen hier die Verhältnisse nicht gleich günstig wie nach der ökonomischen Seite. Wohl bekennt sich ein sehr erheblicher Teil der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft, desgleichen weite Kreise der übrigen Bevölkerung zum Sozialismus. Wie die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl aber ersehen lassen, ist eine Mehrheit für ihn noch nicht vorhanden. Selbst unter Einrechnung der Kommunisten hat der Sozialismus im neuen Reichstage nur 34 Proz. aller Reichstagsmandate erobern können. Ähnlich stellt sich das Verhältnis für die abgegebenen Stimmen. Wir sind also von einer Mehrheit für die sozialdemokratischen Sozialisierungsforderungen noch weit entfernt, besonders auch unter dem Gesichtspunkte, daß die Kommunisten für die Durchführung der sozialistischen Ziele als höchst zweifelhafte Bundesgenossen betrachtet werden müssen.

Das braucht jedoch nicht zu schrecken! Sehen wir doch auch in den uns noch fernstehenden Kreisen des deutschen Volkes das Vertrauen zur kapitalistischen Wirtschaft im stärksten Schwinden begriffen, ein Suchen nach rettenden Auswegen aus der Krise, nach Sicherstellung der Existenz und nach menschenwürdigen Lebensbedingungen! Nur in dieser Atmosphäre des allgemeinen Mißtrauens konnte die nationalsozialistische Bewegung entstehen und ihre Ausbreitung gewinnen. Aber selbst in dieser Bewegung, die der Kapitalismus zu seinem Schutze groß züchtete, mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die von ihm irreführten Massen das Vertrauen verlieren, weil die ihnen gemachten Versprechungen unerfüllt bleiben. Dieses Mißtrauen wird weiter wachsen! So dürfen wir die Ueberzeugung haben, daß die sieghafte Werkkraft des Sozialismus, die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften Millionen Anhänger zuführte, auch die ihm noch entgegenstehenden psychologischen Hindernisse überwinden wird. Ist doch im Gegensatz zu früher infolge der wirtschaftlichen Entwicklung die Durchführung der sozialdemokratischen Ziele in greifbare Nähe gerückt!

M a t t u t a t.

Töblüchtige Handwerksmeister

Die Handwerksmeister unterscheiden sich von den großindustriellen Kapitalisten nur dadurch, daß sie weniger Geld haben. Sonst besteht zwischen ihnen und diesen kaum ein Unterschied. Beide sind gleichermaßen Gegner der Gewerkschaften und hinsichtlich reaktionärer Gesinnung sehten sie einen „edlen“ Wettstreit aus, bei dem es schwer ist, einer Gruppe die Palme zuzusprechen.

Die Handwerksmeister toben gegen die öffentliche Wirtschaft. Sie schreien über die sozialen Lasten mit einer Heftigkeit und Ausdauer, daß der Syndikus eines großindustriellen Arbeitgeberverbandes vor Neid pläzen kann. Sie wüten gegen das „starre Tariffsystem“ und erklären jeden Tariflohn als zu hoch. Kurzum, die Handwerksmeister sind in jedem Betracht die getreuen Nachbeter schwerindustrieller „Weisheiten“. Von dieser allgemeinen Regel im Verhalten der Handwerksmeister machen auch die Friseurmeister keine Ausnahme. Sie hätten allerdings bei vernünftiger Ueberlegung alle Ursache, Gegner der Tendenzen zu sein, die darauf hinauslaufen, die soziale Lage der Arbeiter zu drücken.

Die besten Zeiten hatte das Friseurgewerbe in den Jahren 1925 bis 1928. Diese Konjunkturperiode wird von Außenstehenden vielfach lediglich auf eine — allerdings mit ihr zusammenfallende — Veränderung der Damenhaarmode zurückgeführt, sie war aber in erster Linie eine Folge der aufsteigenden Linie in der Lage der Arbeiterschaft. Das ist durchaus logisch, denn die Inanspruchnahme der Dienste des Friseurgewerbes durch die Arbeiterschaft und ihre Angehörigen setzt ein Lohn Einkommen voraus, welches die Möglichkeit läßt, außer der allerprimitivsten Befriedigung des Magens noch einige andere Ansprüche zu stellen und zu befriedigen. Aber soweit hat die Ueberlegung der Friseurmeister noch nie gereicht. Es ist daher kein Wunder, daß sie auch bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Friseurgewerbe selber eine Stellung einnehmen, die sich von den allgemeinen Tendenzen des Unternehmertums höchstens dadurch unterscheidet, daß sie noch reaktionärer ist.

Der Standpunkt des „Herr im Hause“ ist von den Arbeitgebern im Friseurgewerbe aufrechterhalten worden, solange es nur irgend ging. In seinem Geschäftsbericht vom Jahre 1910 schrieb der „Band Deutscher Friseure“, die Arbeitgeberorganisation im Friseurgewerbe:

„Wir sind erfreulicherweise so ziemlich der einzige Beruf, welcher es nicht nötig hat, sich seine Existenzbedingungen durch Kompromisse und Tarifverträge der organisierten Arbeiterschaft vorschreiben zu lassen, und wir hoffen, daß dieser Zustand auch dauernd bei uns so bleiben wird.“

Lärm, das Martyrium unserer Nerven

Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht, Ruhe im Sinne von Stille, Geräuschlosigkeit, Lärmfreiheit. Die geplagten Kinder des 20. Jahrhunderts, bisher wehrlose Opfer des schleichenden Kulturübels „Nervosität“, sind dabei, den großen Kreuzzug gegen einen der schlimmsten Feinde, den Lärm, zu organisieren. Er nämlich ist an unserer Zermürbung und Abspannung mindestens im gleichen Ausmaße schuld wie der aufreibende Berufskampf. Wie soll der Mensch der Gegenwart sein seelisches Gleichgewicht bewahren in einer Welt, die vom Toben, Heulen, Kreischen, Rattern, Quieten, Hämmern und all den mißtönenden Geräuschen, die in ihrer Gesamtheit eine entsetzliche, martervolle, ohrenbetäubende Sinfonie ergeben, erfüllt ist.

Schon der Philosoph Schopenhauer in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hielt es für angebracht, in einer besonderen Abhandlung seinem Unmut über Lärm und Geräusch Ausdruck zu geben. Wenn er sich z. B. ausläßt: „Als den unverantwortlichsten und schädlichsten Lärm habe ich das wahrhaft infernale Peitschenknallen in den hallenden Gassen der Städte zu denunzieren, welches dem Leben alle Ruhe und Sinnigkeit nimmt“, und an anderer Stelle fortfährt: „Kein Ton durchschneidet so scharf das Gehirn wie dieses vermaledeite Peitschenklatschen: Man fühlt geradezu die Spitze der Peitschenschnur im Gehirn“, um schließlich die Prügelstrafe für die störenden Fuhrknechte zu fordern, so ist dieser Weltweise noch nach seinem Tode dafür glücklich zu preisen, daß er nicht in unserer Gegenwart zu leben braucht. Gab es doch damals

Zwar ist es schon zwanzig Jahre her, daß das geschrieben wurde, aber der Geist der aus diesen Zeilen spricht, dieser Geist beseelt die Friseurmeister noch heute. Nur widerwillig fanden sie sich mit der Veränderung der Dinge nach dem Kriege ab. Sie schlossen Tarifverträge mit der Gehilfenorganisation, nicht weil sie ihren grundsätzlichen Standpunkt geändert hatten, sondern unter dem Drucke der Verhältnisse und mit dem Voratz, sobald als möglich wieder davon loszukommen. Diese Zeit scheint ihnen jetzt gekommen zu sein.

Die Arbeitgeber im Friseurgewerbe kündigen jetzt fast überall die Tarifverträge. Entweder um sie, wie in den beiden größten Städten des Reiches, Berlin und Hamburg, die tariflos sind, überhaupt nicht zu erneuern, oder um die Tarifverträge soweit zu verschlechtern, daß sie jeden Wert für die Arbeitnehmer zu verlieren drohen. Dabei beschränken sie sich nicht auf den jetzt zum guten Ton bei den Arbeitgebern gehörenden Lohn- und Druck, sondern auch auf den sonstigen sozialen Teil der Tarifverträge erstrecken sich ihre reaktionären Bestrebungen.

Im Freistaat Sachsen genügte den Arbeitgebern nicht, daß die Löhne seit ihrem Höchststand im Jahre 1930 bereits um mehr als 20 Proz. gekürzt worden waren und deswegen forderten sie eine neue Kürzung um 15 Proz. der jetzigen Löhne. Das hätte dann bedeutet, daß seit 1930 die Löhne um ein Drittel des Höchststandes reduziert worden wären. In Frankfurt a. M. forderten neuerdings die Meister zu den bisher schon erfolgten Kürzungen eine neue Lohnkürzung zwischen 25 und 33½ Proz. Die Führung hat in Frankfurt a. M. der Friseurmeister Rink, ein Nazi, bei dem die „Erneuerung der sittlichen Grundlagen des deutschen Volkes“ auch in sich schließt, daß in seinem Betriebe einem Lehrling beigebracht wird, in welcher Weise die natürliche menschliche Sitzgelegenheit sachgemäß rasiert wird.

Die badischen Friseurmeister halten den Urlaub für eine Revolutionserrscheinung. Deswegen wollen sie den Urlaub nicht nur um die Hälfte kürzen, sondern den dann verbleibenden jährigen Rest auch nur noch zur Hälfte bezahlen. Die badischen Friseurmeister sind damit aber immerhin noch bescheiden gegenüber ihren württembergischen Kollegen. Diese wollen dem mit dem Ludergeruch der Revolution behafteten Urlaub das Genick ganz herumdrehen. Sie sagen sich, 5 Tage „Urlaub“ im besten Falle, gegenüber einer Höchstdauer von bisher 9 Tagen, ist auch genug und auch für diese 5 Tage wird überhaupt nichts mehr bezahlt. Dazu soll die wöchentliche Arbeitszeit in Württemberg, wenn es nach den Meistern geht, allgemein 60 Stunden betragen. Die Verrücktheit dieser Forderung wird durch die Tatsache illustriert, daß in den Städten Württembergs die Kurzarbeit im

keine Autoschuppen, keine Niet- und Bohrapparate, keine elektrische Straßenbahn, kein Motorengeräusch, Grammophone und Lautsprecher am offenen Fenster und was dergleichen Segnungen der modernen Zivilisation mehr sind. Nicht über Nacht ist der Lärm zu dieser Stärke angewachsen, aber erst in der allerletzten Zeit sind wir richtig darauf aufmerksam geworden, weil jetzt die Grenze dessen erreicht zu sein scheint, was noch eben zu ertragen ist. Noch eine kleine Steigerung und schwere Schädigungen der allgemeinen Volksgesundheit wären unausbleiblich.

An warnenden Anzeichen hat es nicht gefehlt. Die besonders lärmgefährdeten Berufe haben im Laufe der Jahre schon ohnehin gesundheitliche Störungen bei vielen ihrer Angehörigen verzeichnen müssen. In Lärmbetrieben scheiden oft bis zu 50 Proz. der Lehrlinge vorzeitig aus, weil sie der sogenannten akustischen Belastung nicht gewachsen sind. In einigen Industrien, z. B. dem Schiffsbau, wo es bei der Demolierung der Eisenplatten unmeniglich laut zugeht, müssen viele, die gern arbeiten wollen, ausfallen. Andere Arbeiter spüren zwar anfangs die Einflüsse des Arbeitslärms überhaupt nicht, und dennoch zeigt eine ohrenärztliche Untersuchung, daß das Gehör von solchen anscheinend Ohrengesunden bereits gelitten hat. Solche Hörstörungen äußern sich nicht nur in abnehmender Hörfähigkeit, sondern auch in Ohrgeräuschen, Schwindel und Kopfschmerz. Und selbst wenn das Ohr nicht in Mitleidenschaft gezogen wird, bleibt der Nervenapparat doch nicht unbetroffen, denn wie experimentelle Untersuchungen ergeben haben, kommt es bei entprechender Stärke, Art und Dauer des Geräusches zu Unregelmäßigkeit des Pulses, zu Herzklopfen, Erregungszuständen,

Friseurgewerbe durchaus nichts Unbekanntes ist. Das gesteigerte soziale Empfinden der württembergischen Friseurmeister ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß in ihren Reihen ein führendes Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“partei, der Nazistadtverordnete Kock aus Tübingen, eine einflußreiche Rolle spielt.

Die Arbeitgeber im Friseurgewerbe haben durch ihre jahrzehntelang betriebene Lehrlingszüchtereierlei das Friseurgewerbe auf den Hund gebracht. Gewiß leidet ein Gewerbe, wie das Friseurgewerbe, unter den Folgen der Wirtschaftskrise. Aber die Krise hätte das Gewerbe nicht so mitnehmen können, wenn nicht die wahnsinnige Lehrlingszüchtereierlei der Meister es schon vordem so schwer geschädigt hätte. Heute wollen die Arbeitgeber im Friseurgewerbe die Folgen ihres Treibens auf die Arbeitnehmer abwälzen. Bei ihren Kunden aus Arbeiterkreisen spielen sie in der Maske des Biedermannes den Arbeiterfreund und gegenüber ihren Arbeitern sind sie reaktionär bis auf die Knochen. Ihr Spiel wurde ihnen bisher durch die Arbeitnehmer erleichtert, die sich in von den Meistern gehätschelten „neutralen“ und gelben Vereinen und Vereinen wohlfühlen, anstatt sich um ihre gewerkschaftliche Organisation zu kümmern. Die Stärkung der Reichsfachgruppe Friseure im Gesamt-Verband bietet die einzige Möglichkeit, um mit gewerkschaftlichen Mitteln die Handwerksmeister wieder zur Vernunft zu bringen. Die Stärkung der Reichsfachgruppe Friseure im Gesamt-Verband ist natürlich in erster Linie Aufgabe der Mitglieder der Fachgruppe selber. Aber an dieser Stärkung sollen und können auch alle übrigen Mitglieder des Gesamt-Verbandes nach besten Kräften mithelfen

Karl Lorenz.

Wirtschaftliche Verwilderung

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Tageszeitungen nicht von Delikten fanatisierter politischer Elemente berichten, die da meinen, durch gemeine, verbrecherische Mittel, Schandtat und Anschläge gegen Warenhäuser, Kaufhäuser und natürlich auch, oder sogar in erster Linie, gegen die Konsumgenossenschaften ihrer „nationalen“ Gesinnung Ausdruck verleihen zu müssen. Es bleibt diesen politischen Harjarden dabei die Gefährdung des Lebens der in den auserwählten Betriebsstätten beschäftigten Arbeitskräfte, die Schädigung fremden Eigentums und die Beeinträchtigung der Verbraucher völlig gleichgültig.

Aus der bedauerlichen Tatsache der Politisierung und Verwilderung des wirtschaftlichen Wettbewerbskampfes erwächst den Gewerkschaftern eine doppelte Verpflichtung. Es muß ihnen eine Selbstverständlichkeit sein, all ihre Kräfte der Stärkung der freien Gewerkschaften zu widmen, auf daß diese sich als schützendes

Bollwerk für die gefährdeten Lebensinteressen der Betriebsbeschäftigten erweisen können. Die zweite Verpflichtung liegt darin, daß die Gewerkschafter als Verbraucher diejenigen Unternehmungen, deren Ziel (in Ergänzung der gewerkschaftlichen Bestrebungen) der Aufbau einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist, vor solchen Gewalttätigkeiten schützen und sie in ihrem berechtigten Abwehrkampf gegen die unsauberen Angriffe stärken müssen.

Diese Unternehmungen sind die Organisationen der Verbraucher, die Konsumgenossenschaften. Gegen diese dem kapitalistischen System und seinen profitheischenden Unternehmungen in ihrem Wesen und Ziel diametral entgegengesetzten Wirtschaftsorganisationen der Bedürftigsten richtet sich der gesteigerte Haß der „nationalen Wirtschaftserneuerer“ vornehmlich. Der „selbständige Mittelstand“, die Gruppe der Einzelhändler und Kleingewerbetreibenden, verdient den Vorwurf, wesentlich mit schuldig zu sein an der verwerflichen, weil unmoralischen Verwilderung des wirtschaftlichen Wettbewerbskampfes. In ihrem grenzenlosen Konkurrenzneid gegen die leistungsfähigen Konsumgenossenschaften, in ihrer ganzen wirtschaftlichen Hilflosigkeit, in die sie das eigene kapitalistische System gestürzt, schürte diese Gruppe schon seit Jahren den Kampf gegen die Konsumvereine mit allen möglichen Mitteln und verschrieb sich derjenigen politischen Partei, die den „Sozialismus“ und die „Arbeiterpartei“ in ihr Firmenschild aufgenommen hat und in der Umwerbung dieser Wirtschaftskreise für politische Parteizwecke die Vernichtung der Konsumgenossenschaften betreiben will.

In Erkennung der Situation, daß in erster Linie den Konsumgenossenschaften der unsaubere Kampf gilt, der sie vernichten und zerbrechen soll, haben die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, nachdem schon früher (Gewerkschaftskongress zu Breslau und Hamburg z. B.) den freien Gewerkschaftern die Zugehörigkeit zu Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die restlose Bedarfsdeckung in diesen zur Pflicht gemacht worden ist, in ihrem kürzlich an ihre Mitglieder ergangenen Aufruf diese aufgefordert, „ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf nur in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken“.

Den Gewerkschaftern selbst und den gewerkschaftlichen Bestrebungen ihrer Berufsorganisationen zum Nutzen muß erwartet werden, daß alle freien Gewerkschafter auch diesem Appell folgen. Den „Erneuerern“ Deutschlands im Verein mit den Krämer- und Zunftgeistern wird dann schon bald die Lust an Terrorakten vergehen.

Wilhelm Lukas.

leichter Ermüdbarkeit und seelischer Verstimmung. — Die Amerikaner, die unter dem Lärm nicht weniger leiden als wir, haben

sich gleichfalls der Untersuchung dieser Erscheinung zugewandt, allerdings mit dem typischen Unterschied, daß sie die wirtschaftlichen Schädigungen in den Vordergrund stellen. Einer ihrer Vorkämpfer für die „Entlärnung“ hat behauptet, daß dröhnen die unnötigen Geräusche dem Lande jährlich größere Verluste verursachen als Feuersbrünste. — Es gibt genügend Beispiele aus der Praxis des Alltags dafür, daß in der Tat der Nuisance der Arbeit durch Geräusch beeinträchtigt wird. Ein bekanntes Reklamebüro konnte z. B. jüngst seinen auf einen bestimmten Termin festgelegten Vertragsverpflichtungen nicht nachkommen, weil das Gedröhn der Nietmaschine an einem in der Nachbarschaft im Bau begriffenen Hochhaus die Mitarbeiter derartig lähmte, daß die Vorbereitungen für einen großen Werbefeldzug nicht pünktlich fertig wurden. Oder man halte sich an den Bericht aus einem großen Bürohaus: Dreihundert Angestellte arbeiteten in einem Raum, in dem 175 Addiermaschinen standen, die den ganzen Tag in Betrieb waren. Wer



„Schweigen im Walde...“

hier seinem Nachbar etwas mitzuteilen hatte, mußte dies mit der ganzen Kraft seiner Stimme tun, um sich überhaupt vernehmbar zu machen. Die Betriebsstatistik wies dementsprechend einen täglichen Besuch von rund 25 Angestellten bei der Sanitätsabteilung aus; die Arbeitsleistung wurde erst unter besseren akustischen Bedingungen wieder ergiebiger. An der Colgate Universität in USA. wurden Versuche angestellt, die die Einwirkung des Lärmes auf die Arbeit von geübten Maschinenschreibern dartun sollten. Dabei wurden zwei wichtige Tatsachen festgestellt: Sobald der Lärm um 15 Proz. abgeschwächt wurde, stieg die Arbeitsleistung der Schreiber durchschnittlich um 5 Proz., aber nicht nur dies: Der Energieverbrauch sank auch um 25 Proz. gegenüber dem in dem lauterem Arbeitsraum. — Um die einzelnen Grade des Lärmes zu unterscheiden, mußte zunächst eine Maßkala geschaffen werden. Dazu benutzte man einen Hörapparat, der auf ein Ohr gelegt wird, sagen wir also beispielshalber auf das linke. Sobald nun das durch den Apparat im linken Ohr wirkende Geräusch die gleiche Wirkung erzielt wie das vom rechten Ohr ohne Apparat auf-

GEMEINDEN UND KOMMUNALVERBÄNDE

Reichsstädtebund fordert neuen Finanzausgleich

Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches tagte am 12. September in Berlin der Hauptausschuß des Reichsstädtebundes. Bundespräsident Oberbürgermeister Dr. Bellan wandte sich in der Eröffnungsansprache gegen die letzte preußische Verordnung, durch welche die Städte unter 10 000 Einwohnern unter die Dienstaufsicht der Landräte und die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Kreisräte gebracht werden. Er forderte die Aussetzung dieser Bestimmung, bis in Verhandlungen mit dem Reichsstädtebund eine befriedigende Lösung gefunden sei.

Unter Widerspruch der Versammlung wies Ministerialrat Dr. Kaissenberg vom Reichsinnenministerium auf die letzten Notverordnungen der Reichsregierung hin, die geeignet seien, das Finanzwesen der Städte wieder in Ordnung zu bringen. Sie bringen u. a. die Bürgersteuer, wodurch einer berechtigten Forderung Rechnung getragen werde, die gerade aus den Kreisen der Städte gekommen ist (Zurufe: Nein, Nein! und Gelächter). Es sei gewiß schmerzhaft, wenn einzelne Städte ihre Amtsgerichte oder Landratsämter verlieren, aber man dürfe das große Ziel nicht aus den Augen lassen. In Bayern befinden sich bisher schon die — kreisunmittelbaren Städte unter Aufsicht des Staates, ohne daß sich Schwierigkeiten ergeben hätten. (Lebhafter Widerspruch.) Das Ziel der Regierung sei, eine Gesundung der Wirtschaft herbeizuführen. Das entwickelte Programm habe den Beifall weiterer Kreise von Handel und Industrie gefunden. (Widerspruch.) Man solle mit einem gewissen Optimismus die vorgeschlagenen neuen Wege gehen, deren Endziel sei, die Wirtschaft zu beleben und die vielen brachliegenden Kräfte wieder in den Produktionsprozeß einzuführen.

Präsident Dr. Haekel sprach dann über kommunale Finanzfragen. Er begrüßte das Arbeitsbeschaffungsprogramm und den freiwilligen Arbeitsdienst, weil sie geeignet seien, die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen zu verringern. Ihre Gesamtzahl beträgt 55,4 Proz. aller unterstützten Arbeitslosen und hat bereits im Sommermonat August den geschätzten Durchschnitt für 1932 um 270 000 überschritten. Eine Erhöhung der Wohlfahrtsbeiträge des Reiches ist daher unerlässlich. Im besonderen bedürfen die kreisangehörigen Gemeinden einer Mitbeteiligung an der Reichshilfe anstatt der bisherigen unzureichenden Entlastung von 70 Proz. des Krisenfundus. Die Bürgersteuer wird den Gemeinden nur einen Vorteil für die nächsten drei Monate gewähren, dagegen ihre Einnahmen in den nächsten sechs Monaten um ungefähr den gleichen Betrag verkürzen. Zu einer Gesundung der Gemeindefinanzen bedarf es eines neuen Finanzausgleichs und eines neuen Gemeindesteuersystems mit ausreichenden eigenen Einnahmen und eigenem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden.

Hierauf sprach der Vizepräsident Dr. Voigt über die Rechtsstellung der kreisangehörigen Städte und die

Verwaltungsreform. Die allerschärfste Ablehnung, so führte der Redner aus, findet die Unterstellung der kreisangehörigen Städte bis zu 10 000 Einwohnern unter die Staatsaufsicht des Landrats und die Erklärung des Kreisausschusses zur Beschlußbehörde.

Die Ausführungen der beiden Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen und in zwei Entschließungen die Forderungen des Reichsstädtebundes im Sinne der Referate niedergelegt.

Nazi-Koburg am Rande des Bankrotts. Während der letzten Wahlkämpfe um den Reichstag und die Landtage wurde Deutschland mit Flugblättern und mit Zeitungsartikeln der Hakenkreuzpresse überschüttet, die die hohe Botschaft von der „muster-gültigen“ Kommunalverwaltung und -wirtschaft der Nazis in Koburg verkündeten. Daneben sang Herr Schwede höchstpersönlich mit seiner hellen Stimme Kraft dieses Preislied und mit vollen Akkorden wurde die Melodie von der marxistischen Mißwirtschaft und der des „Systems“ gespielt. Ja selbst vor ganz kurzer Zeit gab der Naziverlag Eher in München eine Broschüre heraus, die den gleichen Song enthielt. Heute klingt es plötzlich ganz anders. Die Stadt Koburg ist in schwerer Finanznot. Ihr Etat weist, fünf Monate nach Beginn des Etatsjahres, ein Defizit von etwa 465 000 Mark auf. Der im Haushaltsvoranschlag für die Beschäftigung der Wohlfahrtsverwerbslosen eingelegte Betrag von 250 000 Mark war bereits Ende Juli verbraucht, obwohl die Löhne der Wohlfahrtsarbeiter sehr stark, zum Teil fast um ein Drittel gekürzt wurden. Man hat errechnet, daß bis zum Jahresluß noch mindestens 350 000 Mark gebraucht werden. Die Umsätze in den städtischen Werken sind geradezu katastrophal zurückgegangen. Der unter nationalsozialistischer Mehrheit stehende Magistrat der Stadt hat einen Hilferuf an die bayerische Regierung gerichtet, in dem ganz offen von dem Zusammenbruch der Stadt Koburg gesprochen wird, wenn nicht in den nächsten Tagen Hilfe erscheine. Kreditmöglichkeiten hat die Stadt nicht, da sie ohnehin schon den bei der städtischen Sparkasse und bei der Bayerischen Staatsbank eingeräumten Kredit überzogen hat. — Die Märchen von dem nationalsozialistischen Wunderland Koburg, wo ohne Bürgersteuer der Haushalt ausgeglichen sei, wo niemand ohne Arbeit umhergehen müsse, sondern jeder Erwerbslose von der Stadt Beschäftigung erhalte, sind damit mit einer Gründlichkeit zusammengebrochen, die jeder voraussehen mußte, der sich unvoreingenommen mit den Ziffern des städtischen Haushaltsplans beschäftigte. Schwede hatte zwar in seiner Ertatrede, die seinerzeit durch die gesamte nationalsozialistische Presse ging, von dem „einheitlichen, eisernen, zielbewußten Aufbauwillen“ der Herrscher von Koburg gesprochen, „der, wenn es sein muß, Berge versetzt“ — aber von all den prahlrischen Sprüchen ist nichts übrig geblieben. Die Leichtfertigkeit und Unfähigkeit der Führer von Koburg ist enthüllt.

genommene und somit ein „Gleichlaut“ erreicht ist, wird die am Hörapparat befindliche Zähmaschine zum Stehen gebracht. Auf

der Skala kann man dann die Geräuschstärke in „Phon“ ablesen. Das „Phon“ ist nämlich eine Lautstärkeeinheit (was man sich leicht merken kann, wenn man an das Telephon denkt). Ein hoher Sopran, den wir in vollkommen ruhiger Umgebung gerade noch wahrnehmen können, macht ein Phon aus. — Die höchste Lautstärke, bei der die Schallwelle bereits Schmerz auslöst, beträgt 130 Phon. Zwischen einem Phon und 130 Phon spielt sich alles Hörbare um uns ab. Die Ergebnisse der mit dem Tumultometer (lat. tumultus = Lärm, also Lärmzähler) angestellten Messungen bergen manche Ueberraschungen. Wer hätte z. B. gedacht, daß die Lärmstärke eines Motorrades ohne Schalldämpfer mit 102 Phon noch das Gebraüll des Löwen übertrumpft, das nur 101 Phon misßt? Aber Löwengebrüll stört uns ja am allerwenigsten, wenn wir nicht gerade in der Nähe eines Zoologischen Gartens wohnen. Von den Geräuschen, denen wir nicht enttrinnen können, hat man sozusagen eine Inventur aufgenommen, und es zeigt sich, daß in

dieser Rangliste nach den Motorrädern die Autohupen, dann die allzu lauten Radioapparate, das Hochbahnratzen, die Autobremfen, der blecherne Radau der Müllabholung, Straßenbahn, Feuerwehrtirenen, laute Abendgesellschaften in der Nachbarschaft, die Rufe der Straßenhändler, dann nach einigem Abstand Hundegebell und Katzeneschrei, ganz zum Schluß das Geräusch des Geschirrspülens in den Restaurants kommen. — Die Notwendigkeit, ernstlich gegen die Lärmfrage vorzugehen, hat dazu geführt, daß man — zunächst in den am meisten betroffenen Großstädten (Berlin ist die lauteste Stadt Europas, und gibt New York, der lautesten Stadt der Welt, nicht viel nach) — nach Mitteln und Wegen sucht, um jedem Zeitgenossen sein Recht auf Ruhe zu sichern. In fast allen zivilisierten Ländern haben sich Antilärmvereinigungen gebildet, sowohl zum Studium der Ursachen als auch zwecks Ausarbeitung von technischen Verbesserungen, die den Lärm entweder in seiner Entstehung verhindern oder aber auf seinem Verbreitungswege ersticken sollen. Ingenieure, Verkehrsachleute und Aerzte arbeiten gemeinsam an dieser Aufgabe. Daß tatsächlich etwas zu erreichen



Und nun nimm deine Gedanken zusammen!

REICHS- UND STAATSARBEITER

Der Hauptbetriebsrat im Reichswehrministerium hat schon wiederholt den Antrag gestellt, daß die Standortschwimm- anstalten auch von den Angestellten und Arbeitern benutzt werden dürfen. Nun hat das Reichswehrministerium nachstehende Verfügung erlassen, die zwar unseren Wünschen nicht restlos entspricht, die wir aber ihrer Bedeutung wegen trotzdem hier folgen lassen:

Unentgeltliche Benutzung der Standortschwimm- anstalten. Eine „Berechtigung“ zur unentgeltlichen Benutzung der Standortschwimm- anstalten, wie sie den im aktiven Dienst befindlichen Offizieren und Heeresbeamten zugestanden ist, kann den bei der Heeresverwaltung beschäftigten Angestellten und Arbeitern nicht eingeräumt werden. Ich bin jedoch damit einverstanden, daß die genannten Personen sowie ihre Familienangehörigen nach dem Ermessen des Standortältesten die Schwimm- anstalten unentgeltlich unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs benutzen dürfen, wenn andere unentgeltliche Badegelegenheiten am Orte nicht vorhanden sind und die unentgeltliche Vergabe der Bäder nicht zu Ver- zurechnungen der Zivilschwimm- anstalten führt. — Dieser Vergünstigung darf keine Wirkung für die rückliegende Zeit gegeben werden. Eintrittsgelder, die im laufenden Rechnungsjahre bereits entrichtet worden sind, dürfen also nicht zurückgezahlt werden. — GWD. I 295 wird entsprechend neu gefaßt werden.

THEATER • KINO • VARIÉTÉ

Die Arbeit der Nazizellen im Filmwesen

Seitdem wir hier die praktischen Ergebnisse der deutschen Kinobesitzertagung in Frankfurt besprochen, hat sich so manches in Deutschland geändert. Der Herrenklub ist an Brünings Stelle getreten und viele unter den Kinoleuten haben indessen — aus Opportunismus? — ihr garantiert rein nationales Herz entdeckt, das vor Jahren noch — waren das Zeiten, Herr Engl und Herr Matter! — in trauter Freundschaft mit den heute nicht sehr beliebten „Novemberverbrechern“ geschlagen hatte.

Die Nazizellen im Kinogewerbe sind gewachsen, in fast allen Bezirken stehen sie in enger Verbindung mit den Landes- organisatzen des Reichsverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer. In München schaut energisch drohend das Porträt Adolfs I. von der Wand des Verbandsbüros. Noch hält der Führer des Reichsverbandes, Kommerzienrat Scheer, auf politische Neutralität. Wie lange aber noch? Man hat nämlich allgemein schon mit einem „Aufschieben“ des Reichsverbandes in der letzten Delegiertenitzung am 24. und 25. August in Berlin gerechnet. Ueber die Affäre des Pg. Johnson ging man zwar zur Tagesordnung über und ein Untersuchungsausschuß soll die ziemlich deutlichen ehrenrührigen Vorwürfe gegen die süd- deutschen Verbandsführer Engl (München), Matter und Hammer (Frankfurt) und Dr. Kölsch (Karlsruhe) auf ihre Berechtigung prüfen. Vielleicht wird dabei auch etwas hinter die politischen Kulissen der Verbandsarbeit geleuchtet und einmal die Frage ge-

klärt, warum diese „Führer“, die ihr Heil heute allein in der Politik sehen, immer nur Geschäftsführer von Kinos oder Ver- bänden, niemals aber wirkliche Theaterbesitzer sind (und Matter, Frankfurt, gar noch Geschäftsführer des jüdischen Kinobesitzers Loewenstein). Die Verbandsbüros in München, Karlsruhe und Frankfurt verteilen propagandistisch das Nazi-Skandalfilmblatt „Der deutsche Film“. So daß es auch niemanden wundernimm, daß die Verbandsführung in München und Karlsruhe Personalunion mit den offiziellen Landesfilmstellen der NSDAP. hat. Es fällt unter diesen Umständen auch schwer, noch an die politische Neu- tralität der Kinobesitzerverbände zu glauben, die man sich immer wieder zu betonen beifit.

All diese Vorgänge müssen auch den Kinoangestellten sehr interessieren. Denn auch bei ihm erscheinen täglich die Werber; in Berlin existiert eine starke Fachgruppe „Theater und Film“ bei der Ufa, bei der Klangfilm, in den Großtheatern ist die „Ser- setzung“ in starkem Gange. Liest man die Spalte „Angestellten- zelle“ im „Deutschen Film“ mit den Schlagzeilen „Immer wieder Personalabbau!“ usw., so glaubt vielleicht der ganz Naive wirklich den Derprechungen, die hier in zahlreichen Aufsätzen gegen die „marxistischen“ Gewerkschaften den Arbeitnehmern gemacht werden. Alle polemischen Schlagworte aber, die hier gegen die Gewerkschaften gebraucht werden, haben eine fatale Ähnlichkeit — ja geradezu Identität — mit den scharfmacherischen Reden der groß- industriellen Arbeitgeberführer, die heute in der Wirtschaftspolitk die Regierungen ständig mit ihren Forderungen nach „Auf- löcherung der Tarife“ usw. unter Druck setzen.

Die Nazizellen der Kinobesitzer arbeiten einträchtig zusammen mit denen der Arbeitnehmer. Das allein müßte allen die Augen öffnen. Der denkende Arbeitnehmer kennt kein Pak- tieren mit dem Arbeitgeber, es sei denn: auf der gerechten Grund- lage sozialer Arbeitsgesetze. Die bisherige soziale Arbeitsgesetz- gebung ist allein das Verdienst der „marxistischen Gewerkschaften“. Und nur die, die niemals alle werden, können annehmen, daß der Naziarbeitgeber eine arbeitnehmerfreundliche Organisation fördern wird. Hier aber wird nur versucht, eine neue Hilfstruppe für den Arbeitgeber zu schaffen, nichts anderes!

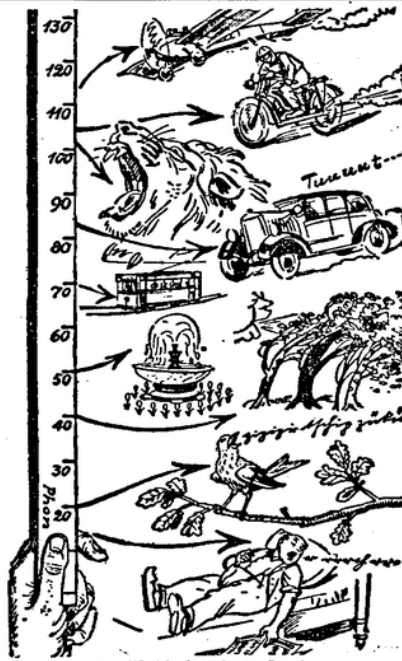
Wir haben an dieser Stelle vor Monaten ausgeführt, daß die NSDAP. wahrscheinlich klüger und weitschauender als die meisten Parteien handelte, als sie das Filmwesen in den Organisations- apparat ihrer Arbeit als wichtiges Glied einordnete. Wer die Zeitung, den Rundfunk, den Film erobert, besitzt alle modernen Mittel der Meinungsbildung und Massenbeeinflussung. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, diese Erkenntnis heute nochmals — 5 Mi- nuten vor zwölf! — auch unseren politischen Freunden zuzurufen.

Während diese Zeilen in Druck gehen, ist der Rundfunk längst an die Kulturreaktion verlorengegangen. Will man wenigstens den Film retten?

Spectator.

Wiesbadener und Kasseler Theater. In diesem Artikel in Nr. 38 „Gew.“, Sp. 650, muß es in der 4. Zeile statt 234 208 Stunden heißen.

ist, beweist das Beispiel von London, wo vor fünf Jahren die Straßen noch von einem fürchterlichen Radau erfüllt waren. Anfangs scheiterten die vernünftigen Erlasse des Lord- mayors, der vorübergehend zum unpopulärsten Mann wurde, am Starrsinn der Bevölkerung. Schließlich wurde aber doch ein Umschwung herbeigeführt, indem die Lärmerzeuger exemplarischer Bestrafung anheimfielen. Damals wurden — dies nur nebenbei — zahlreichen Auto- mobilisten die Führerscheine entzogen. Auch die Pariser haben sich eine solche Erziehung seitens ihres Polizeioberhauptes gefallen lassen müssen, mit durchaus zufriedenstellendem Erfolg. — Neuerdings ist bei uns ebenfalls die Bildung besonderer Lärmbezirke bei der Polizei vorgeschlagen worden und man hat gefordert, die praktische Durchführung der Lärmekämpfung durch polizeiliche Lärmstreifen zu kontrollieren. Alle diese Maßnahmen richten sich gegen den „Kraach“, der durch Unterlassung eingeschränkt werden kann. — Aber der Gesetzgeber kann diesen Kampf nicht allein durchsetzen, wenn ihm der Erfinder nicht zur Seite steht. Mit der Schaffung neuer Baumaterialien fing es an. Es gibt schon eine ganze Reihe von Stoffen, die den Schall in sich aufnehmen wie ein Schwamm das



Der Maßstab unserer Qualen

Wasser. Die meisten von ihnen sind Kork- und Holzfasermassen. Um Grundlegendes zu erreichen, muß aber die ganze Bauart eine Umgestaltung erfahren. Unsere Wände werfen vielfach den Schall fast wie ein Spiegel das Licht zurück. Um sich von dieser Tatsache zu überzeugen, braucht man nur im leeren Zimmer ohne Tapete in die Hände zu klatschen. Mehr als 95 Proz. des Schalls wird reflektiert und durch mehrfache Zurückwerfung auch noch zeitlich in die Länge gezogen. Es wird deshalb empfohlen, die Wände anders zu isolieren; man fordert die Trennung der Fundamente bei Reihenhäusern, die Aus- führung des Flachdaches in solcher Weise, daß in den darunter liegenden Wohnräumen das Aufschlagen von Regen und Hagel unhörbar bleibt, die Verwendung von Doppelfenstern und starken, fugenlosen Haustüren. — Im Heim selbst kann die Hausfrau dank der Fortschritte der Technik heute schon wahrhaft ideale Ruhe- zustände schaffen. Das Ganze hängt natürlich auch mit der Geldfrage eng zusammen. Aber aller Erfindergeist wird nur halben Erfolg zeitigen, wenn es nicht gelingt, den einzelnen zur Aufgabe seiner ihm oft gar nicht bewußten Nachlässigkeit in Dingen der Lärmerzeugung zu erziehen.

Dr. P. Köhler i. Chemn. „Volksstimme“.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Tarifunterschreitungs-Verordnung in der Gärtnerei

Dieses Thema wird noch eingehend zu behandeln sein, weil in dieser Beziehung besondere Auswirkungen in der Gärtnerei sich ergeben werden. Heute soll nur erst ein — für den so hochverehrten Reichsverband der Gartenbauern recht typischer — Vorgang besprochen werden.

Im § 1 der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ vom 5. September 1932 sind die im allgemeinen, also in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr geltenden Bestimmungen über das Papen-Rezept der zulässigen Unterschreitungen der tarifvertraglichen Lohnsätze niedergelegt. Eine Ausnahme wird nun im Abs. 4 dieses Paragraphen gemacht, und die lautet:

„Für landwirtschaftliche Betriebe mit Ausnahme der Gartenbau- und Forstbetriebe gilt § 6.“

Für alle normal begabten und veranlagten Menschen ist damit klar gesagt, daß auch im „Gartenbau“ — gemeint ist mit diesem Begriff wie immer in den arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Neuzeit die Gärtnerei — die für die gewerblichen Betriebe geltenden Bestimmungen des § 1 Abs. 1 und 2 zu gelten haben. Nur für die Landwirtschaft gelten andere, im § 6 niedergelegte Bestimmungen.

Mit einer Klarheit und Bestimmtheit, die wir bei den anderen Gesetzen gewünscht und vertreten haben, ist hier der sogenannte Gartenbau von der Landwirtschaft getrennt und den Betrieben in Industrie, Handel und Gewerbe zugeteilt worden. Was aber lesen und folgern die Herren im Reichsverband der Gartenbauern aus diesem so eindeutig klaren Abs. 4 heraus? In der „Gartenbauwirtschaft“ Nr. 36 vom 8. September ist unter dem Stichwort „Gartenbau und Landwirtschaft“ zu lesen:

„Aus dieser Fassung folgt, daß die Reichsregierung nunmehr die Betriebe des Gartenbaues grundsätzlich als landwirtschaftliche Betriebe anerkennt.“

Offenbar hat dem Verfasser dieser Notiz unter dem für ihn erschütternden Eindruck dieser Bestimmung der Notverordnung längere Zeit hindurch der Verstand stillgestanden. Als allezeit höfliche Menschen bringen wir herzliches Mitempfinden solcher Tragik zum Ausdruck. Wir bedauern diesen offensibaren Nervenzusammenbruch eines in seinen Erwartungen so völlig enttäuschten Herrn um so mehr, als dieser unsinnigen und völlig falschen Forderung noch die Empfehlung an die Reichsverbandsmitglieder angefügt ist, wenn auf Grund dieser Verordnung ihre Betriebe als gewerbliche angesehen werden sollten, sich auf diese Bestimmung zu berufen. Nur wer infolge solch falscher Bekanntgabe und Erziehungsmethoden den gesunden Menschenverstand auch schon verloren hat, wird dieser Empfehlung folgen und nach erlittener Abweisung wieder Grund und Ursache haben, auf seinen Reichsverband zu schimpfen. Uns kann es recht sein!

Verzweiflungstat eines Gärtnerlehrlings

Die Schande gärtnerischer Lehrlingszuchterei.

Die Erfurter „Tribüne“ brachte in ihrer Ausgabe vom 5. September die folgende Nachricht:

Am Sonnabendnachmittag, gegen 3 Uhr, brannte die Feldscheune des Gärtners Ballroth in Bieselbach vollkommen nieder. Ein Wagen verbrannte mit, während eine Anzahl landwirtschaftlicher Geräte noch gerettet werden konnten. In der Brandruine fand man später die verkohlte Leiche eines Lehrlings des Besitzers der Feldscheune.

Zu diesem Feldscheunenbrand mit dem tragischen Tod eines jungen Menschen erfahren wir, daß der getötete Lehrling nach jezt beendeter dreijähriger Lehrzeit vor der Gehilfenprüfung stand und von dem Lehrmeister die Entlassung angekündigt bekommen hatte.

Nach dem weiteren Tatbestand muß angenommen werden, daß der Lehrling sich in der Scheune aufgehängt, nachdem er sie in Brand gesetzt hatte. Es handelt sich demnach offenbar um die Verzweiflungstat eines jungen Menschen, der sich vor der Erwerbslosigkeit fürchtete. Die Tragik dieses Vorganges wird noch dadurch erhöht, daß der arme Junge der Hitler-Jugend angehörte, offenbar unter dem verderblichen Einfluß seines Züchters, der nämlich ein Anhänger der Nazis ist. Man kann sich vorstellen, wie die durch die angekündigte Entlassung ihm gewordene Erkenntnis von der gepriesenen „Volksgemeinschaft“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Hitlers „Arbeiterpartei“ das junge Menschenherz zerrissen haben muß. —

Dieser Selbstmord beleuchtet blühtartig die Tragik unserer lernenden und ausdauernden Jungen, die nach drei Jahren eifriger, die letzte Spannkraft hergebender körperlicher und geistiger Arbeit an ihrer Ausbildung für den oft aus idealer Deranlagung heraus gewählten, ihnen als schön geschilderten und erscheinenden Beruf — vor dem Nichts stehen. Und er ist ein wichtiger Beweis für die Richtigkeit und Wichtigkeit unserer Forderung auch zum Problem der Arbeitsbeschaffung (vgl. „Gewerkschaft“ 1932 Sp. 111): „Alle Lehrbetriebe sind verpflichtet, die von ihnen ausgebildeten Junggärtnergehilfen mindestens noch ein weiteres Jahr zu beschäftigen, selbstverständlich zu den tariflich festgesetzten Arbeits- und Lohnbedingungen.“

Dieser tragische Selbstmord ist aber weiter eine furchtbare Anklage gegen die Verwaltungskörperschaften der Lehrlingshaltung im Gärtnergewerbe. Der hier in Betracht kommende durch die Landwirtschaftskammer anerkannte Lehrbetrieb hält nicht weniger als vier Lehrlinge, obgleich neben dem Sohn des Inhabers kein einziger Gehilfe beschäftigt wird. Das ist tatsächlich — wie die „Tribüne“ zutreffend bemerkt — ein öffentlicher Skandal. Und wir fügen hinzu: Diese tolle Lehrlingszuchterei, wie sie von allen Landwirtschaftskammern geduldet und herbeigeführt wird, ist eine Schmach und Schande unseres Gärtnerberufs!

Alle Berufscollegen, vor allem die Arbeitnehmer unseres Berufs, die bei weiterem Fernstehen von der gewerkschaftlichen Organisation nicht mitprotestieren gegen diese Berufsschmach, machen sich mitverantwortlich für diese und all der anderen Schandflecke unseres zum Gartenbauern tum methodisch herabgestoßenen Gärtnerberufs!

Verbindliche Tarifverträge

In einer Periode systematischer Aushöhlung des „Systems“ der Tarifverträge und des Schlichtungswesens ist es wohl von einiger Bedeutung, wenn es auch noch in letzter Zeit gelungen ist, für Schiedsprüche die Verbindlichkeit und für Tarifverträge die Allgemeinverbindlichkeit zu erhalten. Nach Abschluß des Landestarifvertrages für das Land Sachsen stürzte die Bezirksgruppe Chemnitz des RdbG. dermaßen gegen ihn an, daß die Arbeitgebervereinigung den Bezirk Chemnitz von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen wissen wollte. Die sächsische Fachkammer für Gartenbau leistete entsprechende Sekundantendienste, indem sie in einem Gutachten behauptete, der Tarif habe für das Chemnitzer Gebiet „keine Bedeutung“, weil in den dortigen Gärtnereien der „Familienbetrieb“ vorherrsche. Natürlich haben wir die Allgemeinverbindlichkeit auch für die Chemnitzer Betriebe gefordert und das Reichsarbeitsministerium hat doch wohl unsere Beweisführung als die richtige befunden, denn die Allgemeinverbindlichkeit wurde für den ganzen Freistaat Sachsen ausgesprochen.

In Königsberg i. Pr. erzielte unsere Kollegenchaft einen Schiedspruch, der den Tarifvertrag für die Handelsgärtnerei vom 2. Januar d. J. mit unveränderten Lohnsätzen verlängerte bis zum 31. März 1933. Der Einspruch der Arbeitgeber wurde vom Schlichter zurückgewiesen dadurch, daß er die Verbindlichkeit des Schiedspruchs erklärte.

Der Lohnvertrag für die Landschafts- und Privatgärtnereien in dem Bezirk Hannover mit den Orten Ahlem, Anderten, Bemerode, Brink, Devese, Empelde, Grasdorf, Laagen, Langensforth, Langenhagen, Kananöhe, Leinhausen und Misburg wurde mit Wirkung vom 1. August 1932 allgemein verbindlich erklärt.

Wer wirbt für unser Gärtneri-Fachblatt?

Wiederholt berichteten wir über die erfolgreiche Werbearbeit einer Anzahl Fachgruppen als Beweis dafür, daß auch in ungünstigen Zeiten neue Leser gewonnen werden können. Bei dem niedrigen Preis des Gärtneri-Fachblattes ist das verständlich. Die Werbearbeit soll nun verstärkt fortgesetzt werden. Wir ersuchen, zu diesem Zweck in allen Fachgruppen einen besondern Werber zu benennen und uns dessen Adresse zu übermitteln. Außerdem ist jede Gelegenheit, Fachgruppenbetriebsversammlungen und andere Zusammenkünfte, zur Fachblattwerbung zu benutzen. Probenummern liefert die Reichsfachgruppe.

Mit uns zieht die neue Zeit!

Durch die übereilte Auflösung des Reichstags haben weder der Reichskanzler Papen noch der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe ihre Reden im Parlament halten können. Papen hat sich damit geholfen, daß er seine Rede durch den Rundfunk über sämtliche deutschen Sender gleich zweimal verbreiten ließ. Löbe aber, dem der Rundfunk nicht zur Verfügung steht, mußte sich damit begnügen, die Antwort an Papen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, in der sozialdemokratischen Presse zu erteilen. Wir können nachfolgend leider nur einige markante Stellen wiedergeben:

Herr Reichskanzler, Sie sitzen nur noch auf den Spigen der Bajonette und werden bald merken, wie ungemütlich es sich darauf sitzt, zumal wenn Herr Schleicher es ist, der Ihren Sessel mit diesen Geräten auswattiert hat. Da scheinen schon andere unbequem gesessen zu haben. Sie wollten den Marxismus schwächen und unterdrücken. Die sozialdemokratische Fraktion ist mit 136 Abgeordneten aus dem alten Reichstag ausgeschieden, mit 133 in den neuen wiedergekehrt. Der kleinen Einbuße stehen 11 neue kommunistische Mandate gegenüber. Gewiß, Sie haben den Einfluß sozialdemokratischer Staatsfunktionäre gemindert und beseitigt unter Formen, die sich noch rächen werden. Wenn Sie aber glauben, damit das Wachstum und die Kraft der sozialistischen Ideen geschwächt zu haben, dann dürften Sie Enttäuschungen erleben, die auch Größeren, wie Bismarck, und Kleineren, wie Wilhelm II., nicht erspart geblieben sind. Sie alle glauben uns schon niedrigeren zu haben. Unsere geschichtlich begründete Bewegung ist nicht auf Amtsvorsteher und Landräte, auch nicht auf Minister gegründet, ihre Wurzeln sitzen tief und fest in Millionen deutscher Volksgenossen, die ihrem Ideal um so treuer dienen, je mehr Gefahren ihnen drohen und die sich eines Tages auch entwundene Positionen wieder holen werden. Hat doch erst jetzt Herr Straßer in Dresden die Befürchtung geäußert, Ihre Maßnahmen würden zwar keine „Belebung der Wirtschaft“, wohl aber eine „Belebung des Marxismus“ zur Folge haben. Ueberhaupt: wo sitzen jetzt überall Marxisten? Es gibt rote Marxisten, es gibt schwarze Marxisten, Herr von Papen beschuldigte in Münster die Nationalsozialisten marxistischer Auffassungen, und die Deutschnationalen bescheinigen Herrn Hitler marxistische Methoden. Während Sie den Drachen Marxismus manofest geschlagen wädhnten, wächst ihm jedesmal ein neuer Kopf. Ueber allen politischen Streit hinweg sind wir mit Anträgen vor den Reichstag und das deutsche Volk getreten, Anträgen von weittragender wirtschaftlicher und Anträgen sozialpolitischer Natur, die das Uebel an der Wurzel packen, die nicht die Symptome kurieren, sondern dem Notstand, unter dem alle kapitalistischen Länder leiden, für unser Land mit kühnen Mitteln entgegentreten. Herr Reichskanzler, Sie haben sich das Wort „Gemeinnutz gegen Eigennutz“ zu eigen gemacht. Ihr Appell an den Eigennutz, der versagt hat für die große Masse unseres Volkes, der sich bewährt haben mag für einige wenige, der die anderen darben läßt. Wir setzen ihm den Appell an den Gemeinnutz, an die Solidarität des Volkes, an das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, an den Sozialismus entgegen. Sie rufen die private Initiative des Unternehmers, die freien Kräfte der Privatwirtschaft auf. Aber die sind es ja, die versagt haben, versagt haben in aller Welt! Es ist doch nicht ein Mangel an Gütern, ein Wanken der Natur, es sind doch nicht übermenschliche Gewalten, die Not, Elend und Kriege herbeigeführt haben. Es ist der Mangel menschlicher Einrichtungen, der Mangel wirtschaftlicher Organisation, die sich in den Händen der Unternehmer befindet. Es gibt doch Roggen und Vieh, Brot und Fleisch genug für alle Deutschen! Es gibt Weizen, Kaffee, Zucker, Baumwolle genug in der Welt! Die überschüssige Kohle türmt sich zu Haufen, das Holz verrottet im Wald, die Erde ist reich an Bauhoffen aller Art — es ist die heutige Form der Produktion und Güterverteilung, es ist die kapitalistische Produktionsweise, die Sie anrufen, die das alles ungenützt läßt. Wie können Sie von dieser Seite Rettung erwarten? Nicht die Unmöglichkeit, die Unfähigkeit oder der Unwille der Unternehmer, zu produzieren, ist schuld an der heutigen Stockung, sondern die mangelnde Kaufkraft. Und diese Kaufkraft wird durch Ihre sozialpolitischen Maßnahmen, durch den neuen Lohndruck weiter geschwächt. Vier Monate Regierung Papen sind eine ununterbrochene Kette von Anschlägen und Herausforderungen für die widerbenütigten und beschloßenen Bevölkerungskreise:

Herabsetzung der Löhne, Lockerung der Tarife, Kürzung der Renten, Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen, Verschlechterung der Unfallbezüge, Einschränkungen bei Kriegsverletzten, Witwen und Waisen.

Die Wirtschaft muß weiter zusammenschrumpfen, denn die Belebungsversuche, die Sie mit Ihren Plänen verbinden, sind von höchst zweifelhafter Gestalt, sie haben die Stilllegungen nicht auf. Wir müssen eine größere Aufgabe ernsthaft in Angriff nehmen. Zunächst die Linderung der augenblicklichen Not durch Rückgängigmachung der Verschlechterungen in der Lebenshaltung. Darüber hinaus muß der sofortige organische Umbau der Wirtschaft in Angriff genommen werden, muß die Verstaatlichung der maßgebenden und beherrschenden Industrien sowie der Geldinstitute kommen, damit die deutsche Wirtschaft planmäßig zum Wohle der Allgemeinheit arbeiten kann. Ihr Versuch, die Wirtschaft zu beleben, geschieht auf Kosten der Arbeitenden, zum Wohle der Unternehmer, denen alle Vergünstigungen zugute kommen. Wir lehnen Ihre Belebungsversuche mit aller Entschiedenheit ab, und wenn daraus politische Schwierig-

keiten erwachsen, dann sind sie von Ihnen selbst durch den unartigen Regierungswechsel, durch die überflüssigen Auflösungen des Reichstages herbeigeführt worden. Es wäre ein höchst gefährliches Beginnen, diese Schwierigkeiten durch Dehnung, Beugung oder Bruch der Verfassung und Weimar überwinden zu wollen, zu der sich der Herr Reichspräsident immer wieder bekannte, welche die Minister beschworen, die die einzige Grundlage unseres staatlichen Lebens ist. Wir Sozialdemokraten warnen, diese schiefe Ebene zu betreten, es ist nicht abzusehen, wieviel dann ins Gleiten kommt. Jeder Versuch einer Aenderung des Wahlgesezes oder der Verfassung darf nur auf dem gesetzmäßigen Boden unternommen werden, sonst entbinden sie auch den Bürger von der Gesetzmäßigkeit. Herr Reichskanzler, haben Sie vor dem deutschen Volke und der deutschen Geschichte nicht Verantwortungen auf Ihre Schultern für Entwidlungen, die zertrümmern können, was unserem Lande in den schwersten Jahren erhalten geblieben ist! Die Sozialdemokratie wendet sich heute wie immer gegen die einseitigen Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Sie verlangt die Gleichberechtigung Deutschlands, aber mit dem Ziel der Abrüstung, nicht der Aufrüstung. Wir sehen in der Aufrüstung nur den Beginn neuen Wettrüstens, neue Argumente für andere Regierungen zu weiteren Rüstungen und die Gefahr einer Isolierung Deutschlands. Die Sicherheit Deutschlands kann bei unserer geographischen und politischen Lage überhaupt nicht durch Rüstungen gewährleistet werden, sondern nur durch eine außenpolitische Verständigungspolitik. Wir verworfen den Krieg als Mittel der Politik und werden nichts bewilligen für vermehrte Rüstungen, zumal in einer Zeit, in der Mittel für die Bezüge der Armisten nicht vorhanden sind, in der militärische Stellen sich nicht nur der Kontrolle durch das Parlament entziehen, sondern sich auch die Herrschaft im Staate anmaßen. Uns kümmern die Vorwürfe der Kommunisten nicht, die so tun, als ob wir den Handstreich gegen Preußen mit Generalkrieg oder Gewalt hätten abwenden können. Diese Herren wissen so gut wie wir, daß gegen die Uebermacht der staatlichen und gegnerischen Organisationen ein Sieg mit den Mitteln der Arbeiterklasse mitten in der Krise nicht erlangen werden konnte. Sie selbst sind auch nicht gewillt, die uns empfohlenen Mittel für sich selber anzuwenden. Wenn trotz ihres Wahlerfolges die „rote Fahne“ auf lange Zeit verboten, die „rote Hilfe“ ausgehoben, ihre Anhänger eingesperrt und ihr Organisationsmaterial beschlagnahmt wird, so gehen sie dagegen auch nicht mit Generalkrieg und Gewalt vor, obgleich ihnen doch diese Dinge wichtiger sind als ein Ministerium Severing oder Braun. Es ist also eine Täuschung an der Arbeiterklasse, die sie verblenden. Zwischen uns und der Regierung Papen, aber auch zwischen uns und den schwarz-braunen Koalitionsversuchen läßt ein unüberbrückbarer Gegenstand. Was sie herbeiführen wollen, ist politisch eine Minderung der Rechte des deutschen Volkes durch Verfassungsreform, die in Wirklichkeit eine Rückwärtsbewegung der Verfassung, der politischen Rechte darstellen. Es ist wirtschaftlich und sozial eine Minderung der Lebenshaltung des Volkes, durch Rückwärtsbewegung der sozialen Gesetze und Ansprüche. Es ist eine Wirtschaftsebebung, deren Wirkung höchst zweifelsfrei bleibt, die aber dem Unternehmertum sichere Zuschüsse, Subventionen und Steuervergütungen gewährt. — Die Wiege dieses Kabinetts hat nicht von ungefähr im Herrenklub gestanden. Es ist die Macht der Herren über das Volk, die sie herbeiführen wollen. Wir aber ringen

für Volksrechte gegen Herrenrechte, für Volkswohl gegen die Gewinne der Reichen.

Jahren wir heute durchs deutsche Land, dann geben unzählige Fahnen von unserer Parteizerküftung Kunde — aber es ist die rote Fahne, auf der sich sowohl das Hakenkreuz wie Hammer und Sichel, wie unsere drei Pfeile befinden. Meine Herren, auch in der Vorstellungswelt des Dritten Reichs lebt für viele, in der des Sowjetdeutschland lebt für alle, offen oder im Unterbewußtsein, ein sozialistisches Ziel. Wohlan, wir schlagen Ihnen vor einen Weg: Wir wollen die Kommandobrücke besetzen! Kohle und Eisen, Stahl und Zement, Chemie und Geld gehören in die Hände des Staates, in die Hände der Volksgemeinschaft, damit diese sie zum Wohle aller verwalten muß. Lassen Sie uns statt soziale Vilsarten zu lieben, Fundamente und Architektur für den Bau der Zukunft errichten. Wenn nicht, meine Herren — die Sozialdemokratie ist genohnt, allein zu sechten zwischen einer Anzahl von Feinden, die uns rücksichtslos besetzen. Wie wir dem Aufbau einer neuen Ordnung dienen, als wir die tägliche politische Kärnerarbeit der letzten zehn Jahre verrichteten, so werden wir nicht einen Augenblick irre werden, wenn jetzt neue Verfolgungen und Schmähungen unserer warten. Mögen sie uns durch Kerker und Pfähen schleifen, wie sie es in der Jugend unserer Bewegung getan, aus Millionen von Herzen und Hirnen antwortet Ihnen der siegesbewußte Ruf:

Mit uns zieht die neue Zeit!

Unorganisierten Kollegen
mußt du
die „Gewerkschaft“ zum Lesen geben.
Du wirst damit für den Verband und
besserst deine Verhältnisse.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Unbeugsamer Kampfeswille war es, der die Generalversammlung der Orts- und Bezirksverwaltung am 16. September beherrschte. Kollege Schaum, der den Geschäftsbericht für das zweite Quartal gab, konnte nachweisen, daß unter den ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen, die gerade diese Zeit auszeichnete, die Ortsverwaltung starke gewerkschaftliche Erfolge aufzuweisen hatte. Gelang es ihr doch, vier Fünftel aller Tarif-erneuerungen ohne Verlust für die in Frage kommenden Arbeiter und Angestellten abzuschließen. Der Referent ging dann die einzelnen Branchen und Betriebe durch, die an den zahlreichen Tarif- und Lohnbewegungen beteiligt waren, wobei er unter anderem hervorhob, daß es bei der BDG. gelang, durch Arbeitszeitverkürzungen größere Entlassungen zu vermeiden. Im ganzen hatte die Orts- und Bezirksverwaltung 74 Bewegungen in 5670 Betrieben mit 128 478 Beschäftigten durchzuführen. Darunter waren 7 Streiks in 191 Betrieben mit 1488 Beschäftigten. Die rege Tätigkeit drückte sich in folgenden Zahlen aus. Es wurden nicht weniger als 1174 Versammlungen, 1720 Besprechungen und 694 Vertrauensmännersitzungen abgehalten. Geführt wurden 1744 Verhandlungen, ungezählt die umfang- und erfolgreiche Tätigkeit der beiden Rechtsabteilungen. 1822 Neuaufnahmen und Uebertritte waren der agitatorische Erfolg. — Kollege Schaum ging dann auf die politischen Ereignisse der letzten Monate über. Er kritisierte mit unbarmherziger Schärfe die berühmte Verordnungs- und Politik der Papen-Regierung. Dem wirtschaftlichen Dabaqueispiel, das der Kapitalismus durch die in seinem Dienste stehende Regierung treibt, hielt er entgegen das Programm der Gewerkschaften zum Umbau der Wirtschaft, das auch von der SPD. mit Schärfe verfolgt wird, wie ihre Anträge im Reichstag beweisen. Daß es uns bitter ernst mit der Durchkämpfung und Durchführung dieses Wirtschaftsprogramms ist und keinem Agitationsbedürfnis entspricht, betonte der Redner besonders stark. „Die Papen-Regierung hat uns den Fehdehandschuh hingeworfen, wir nehmen ihn auf, wir sind zum Kampfe entschlossen!“ Und mit einem Appell an die Kommunisten, von ihrer unseligen Hege gegen Gewerkschaften und SPD. abzulassen und die Einheitsfront der Arbeiterklasse für den schweren Kampf gegen die reaktionären Machthaber herzustellen, schloß Kollege Schaum unter großem Beifall seine Ausführungen. — Hierauf folgte der Kassenbericht, den Kollege Zietemann gab, und der Revisionsbericht des Kollegen Päckold. — In der Diskussion, in der die Kollegen Kupfer, Simsch, Richard Schulz und Hesse sprachen, zeigte sich der zähe, entschlossene Kampfeswille der Kollegenschaft in den Betrieben. „Trotz Zuchthausgesetzen und Bajonetten sind wir bereit, den schärfsten Kampf gegen die Papen-Regierung und ihre Notverordnungen zu führen!“ erklärte ingrimmig Kollege Simsch. Daß er damit die Stimmung ausdrückte, die die gesamte Kollegenschaft beherrscht, bewies die Annahme der nachfolgenden von der Ortsverwaltung der Versammlung vorgelegten Entscheidung:

„Die Delegierten der Generalversammlung des Gesamt-Verbandes, Bezirksverwaltung Berlin, am 16. September 1932, sehen in den Bestimmungen der Papen-Notverordnung vom 5. September kein Mittel zur Behebung der Wirtschaft und Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Niemals brachte die Gesetzgebung deutlicher zum Ausdruck, daß die deutschen Unternehmer nur mit Prämien, Steuererlassen und Subventionen, d. h. gesteigerten Profitmöglichkeiten, für die Lösung der Krise der kapitalistischen Wirtschaft zu interessieren sind. — Den deutschen Unternehmern 1½ Milliarden für ihre profitegoistische Wirtschaftseinstellung — den deutschen Arbeitern und Angestellten aber, die bereits ungeheure Opfer der Solidarität an Lohn- und Arbeitszeitverkürzung zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung für ihre erwerbslosen Arbeitsbrüder auf sich genommen haben, werden von derselben Papen-Regierung neue Lohnabbaukosten in Höhe von etwa 3 Milliarden Mark aufgebürdet.

Das ist der Wohlfahrtsstaat der Papen-Barone, die nach dem Einverständnis des Herrn Goebbels nur auf dem breiten Rücken der Nationalsozialisten in ihre Ämter steigen konnten. — Die Bezirks- und Ortsverwaltung fordert alle Funktionäre der Betriebe auf, in einer großzügigen Versammlungskampagne auch den letzten Arbeitnehmer zu mobilisieren für den wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen die Sozialreaktion. — Die gesamte Sozialgesetzgebung, das Tarif- und Arbeitsrecht sind in Gefahr! — Genug des Bruderkampfes! Wir rufen allen Arbeitern, Angestellten und Beamten unseres großen Organisationsgebietes zu:

Stärkt die Einheitsfront der freien Gewerkschaften durch den Eintritt in die Kampfgemeinschaft des Gesamt-Verbandes!

Einige Anträge zum Unterstützungswesen des Verbandes werden im Verbandsbeirat vertreten werden. Eine Resolution, die scharfen Protest gegen die Unterdrückung der proletarischen Presse einlegt, fand einstimmige Annahme.

Kassel. In der Generalversammlung am 4. September gab Kollege Scheidemann den Geschäftsbericht. Schärfster Kampf gegen den Papenkurs müsse jetzt die Antwort der Gewerkschaften sein. Aber auch der Kampf gegen die Zerrissenheit in der Arbeiter-schaft sei das Gebot der Stunde. Anschließend zeigte Sch. die Entwicklung der einzelnen Gruppen der Organisation auf. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Geinik ist zu bemerken, daß die Finanzen der Ortsgruppenverwaltung Kassel durchaus gesund sind. Zwar ist ein geringer Mitgliederverlust zu verzeichnen, der aber bald wieder wettgemacht wird. Die unorganisierten Arbeiter werden bald wieder zu der Ueberzeugung kommen, daß die Gewerkschaften das stärkste Bollwerk gegen die Reaktion sind. Keine Regierung wird auf die Dauer gegen die Organisationen der Arbeiter-schaft reagieren können. Die Aussprache stand auf bemerkenswerter Höhe und hat gezeigt, daß der Drang zur Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge immer stärker wird.

Hofstad. In der stark besuchten Generalversammlung am 9. September 1932 referierte Kollege Levy (Berlin) über den Abschluß des RMC.-G. IX und D. 5. In der Diskussion wurde unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung festgestellt, daß sich die Unterhändler unseres Gesamt-Verbandes der Tragweite ihrer Verantwortung voll bewußt gewesen sind und sich des Vertrauens der Kollegenschaft würdig gezeigt haben. Nach diesem Bericht zeigte sich sehr deutlich, daß die Veröffentlichungen in der KPD-Presse völlig unzutreffend sind. Entweder hat man den Sinn der tarifvertraglichen Bestimmungen nicht erfaßt, oder es liegt (was eher anzunehmen ist) eine Böswilligkeit und eine völlige Denkerkennung der schwierigen Gesamtsituation vor. Vor Eröffnung der Versammlung wurde der Referent ersucht, auf die neuen Notverordnungen der Reichsregierung einzugehen. Die Ausführungen des Kollegen Levy, die wirkungsvoll von dem Kollegen Lettow ergänzt wurden, gipfelten in der Feststellung, wie falsch doch diejenigen beraten waren, die da meinten, die Arbeitnehmer haben nichts mehr zu verlieren, oder aber, man solle doch ruhig unsere Gegner einmal ans Ruder kommen lassen, damit sie beweisen können, was sie zu leisten in der Lage seien. Die Versammlung stellte sich geschlossen hinter die von den Reichstarkkommissionen am 13. August 1932 gefaßte Entscheidung und brachte die feste Absicht zum Ausdruck, nun erst recht mit aller Kraft für den Gesamt-Verband und seine Ziele zu wirken.

VERBANDSTEIL

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Durch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind auf Vorschlag des Vorstandes des Gesamt-Verbandes für den in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. Juli 1933 in der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin stattfindenden Lehrgang die Kollegin Lisa Hessel, Leipzig, und die Kollegen Ernst Schulze, Dresden, und Max Schwabe, Berlin, ausgewählt worden. Für den in der Zeit vom 15. Oktober 1932 bis 15. Juli 1933 an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main stattfindenden Lehrgang sind die Kollegen Hermann Kienast, Liegnitz, und Alfred Scharfschmidt, Halberstadt, gewählt worden. Der Verbandsvorstand.

RUNDSCHAU

NSBO. gegen Gewerkschaftspresse. In Nr. 13 des „Arbeiter-tum“, der Zeitschrift der NSBO., wird, wie in jeder Nummer, die bei den Nazis übliche Hege gegen die Gewerkschaften getrieben. Diesmal ist es die Gewerkschaftspresse, die daran glauben muß. Den Nazis ist es sehr peinlich, daß die Gewerkschaftspresse mit großem Nachdruck die Arbeiter über den Volksbetrug der Nationalsozialisten aufklärt und dauernd in Artikeln und Notizen sich mit den Nazis beschäftigt. Für uns ist das nur ein Lob. Wenn aber die Nazis die Sache so hinstellen, daß die Gewerkschaftspresse den Raum, den sie früher zum Kampf gegen die Unternehmer verwandte, nunmehr dem Kampf gegen nationalsozialistische Arbeiter widmet, so ist das elende Demagogie. Jeder unserer Leser weiß und sieht es in jeder Nummer, daß die Gewerkschaften nach wie vor den Kampf gegen das Unternehmertum in ihrer Presse mit aller Kraft führen. Davon gibt es eben-sowenig ein Abgehen, wie die Gewerkschaftspresse niemals nationalsozialistische Arbeiter bekämpft hat. Bekämpft hat sie die elenden Volks- und Arbeiterverführer vom Hakenkreuz, und dieser Kampf wird weitergehen. Unsere Leser können sich darauf ebenso verlassen wie die Nazibonzen.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Im Hessischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf Auflösung des Parlaments eingebracht.

120 Gewehre und 60 Seitengewehre wurden in der Lüneburger Heide in einer Grube gefunden.

Eine polizeiliche Durchsuchung des Reichstags in den Räumen der Kommunistischen Partei am 13. September war vollkommen ergebnislos.

Fünf nationalsozialistische Bombenleger wurden wegen eines Sprengstoffattentats auf ein neu gebautes Haus in Großgaglow bei Kottbus verhaftet.

Eine Eisenbahnkatastrophe in Algerien hat 120 französischen Fremdenlegionären das Leben gekostet. Verletzt wurden 150 Soldaten.

Der Genfer Abrüstungskonferenz, die am 21. September mit den Beratungen beginnt, bleibt Deutschland fern, weil die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung nicht erfüllt wurde.

Das polnisch-französische Militärbündnis ist ab 15. September um weitere 10 Jahre verlängert worden.

85 Milliarden Franken Kriegs- und Staatsanleihen, die zum Teil bis 7 Prozent Renten abwarfen, hat Frankreich durch Gesetz in solche zu 4 1/2 Prozent umgewandelt.

Eingegangene Schriften und Bücher (Besprechung vorbehalten)

„Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht.“ Von Clemens Nörpel und Dr. Kurt Guskow. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Preis in Leinen 3,50 Mk., Organisationspreis 2,60 Mk.

Die Zuspitzung der politischen Lage und der beabsichtigte Eingriff der Reichsregierung in die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen der Arbeiterchaft stellen das kollektive Arbeitsrecht aller Arbeitnehmer in den Vordergrund der gewerkschaftlichen Debatten. Bedauerlich ist, daß gerade in einer Zeit, in der solche Angriffe erfolgen, die Gewerkschaftsbewegung in der Abwehr durch die Zersplitterung der Arbeiter selbst gehindert ist. Das ist nicht allein auf bösen Willen, sondern vor allem auch auf die Not der Zeit und damit des einzelnen Arbeitnehmers und auf die vielfache Unkenntnis der großen Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts für die Gewährleistung der Menschenrechte der Arbeiter zurückzuführen. Die Millionen Arbeiter wissen einfach nicht, wie schwere und erbitterte jahrzehntelange Kämpfe der Gewerkschaften es gekostet hat, diese Arbeiterrechte zu schaffen. Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Tarifvertrag, Mitbestimmungsrecht der Belegschaften durch die Betriebsräte, Arbeitsgerichtsbarkeit usw. haben erst errungen werden müssen, um die Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern und die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat zu gewährleisten. Auf diesen Errungenschaften allein basieren aber heute die Arbeiterrechte. Jeder denkende Arbeiter muß dies endlich begreifen, wenn nicht diese Rechte wieder verlorengehen sollen und damit die Arbeiter wieder zu den „Untertanen“ herabsinken, die sie in der Vorkriegszeit waren. Man muß aber seine Rechte kennen, wenn man sie verteidigen will. Hier will die Schrift Helfer und Lehrer sein, sie will den Zusammenhang zwischen den Forderungen und den Zielen der Gewerkschaften und dem geltenden Arbeitsrecht darstellen und diese Aufgabe ist glänzend gelöst.

Lungenkranke

loben begeistert die erstaunlichen Erfolge der Silphoscalin-Behandlung in soch. u. ähnl. Originalbericht: Schweres aussichtslos. Lungenleiden d. Silphoscalin beseitigt. Fieber, Nachtschw., Hust., Ausw. schwand, Kol. Appetit, 36 Pld. Gewichtszunahme in 5 Mon.; bei fachärztl. Nachkontr. Auswurf bazillenfrei. Durch Silphoscalin kann die Hoffn. viel. Lungenkr., Asthmatischer. Bronchit. erf. werd. 80 Tabl. Silphoscalin 3 M. In all. Apotheken, best.: Rosen-Apothek., 122 Müchener 2 M 7

Billige böhm. Bettfedern! / Nur reine guffüllende Sorten

Ein Kilo graue, geschliss. M. 2,50, halbweiße M. 3.—, weiße M. 4.—, bess. M. 5.—, 6.—, daunenweiche M. 7.—, 8.—, beste Sorte M. 10.—, 12.—, weiße ungeschliss. Rupfed. M. 6,50 u. 7,50, beste Sorte M. 9,50. Versandfranko zollfr. geg. Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Bonedikt Sachsel, Lobes Nr. 280 bei Pilsen (Böhmen).

ALLES BILLIGER! Westfalia Werkzeug Co. Hagen 101 i. W. Werkzeugliste gratis

Bernard Shaw: Wegweiser für die intelligente Frau z. Sozialismus und Kapitalismus

In Ganzleinen gebund. statt bisher zum Preise von 16.— Mark für nur 7,50 Mark

Bestellung an Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4.

Kollegen! Stärkere Organisation und werbt für den Gesamt-Verband!

Empfehlenswerte Bücher

liefert die Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4

T 18/III



Gewaltige Mengen Waren würden enorm billig erworben!

Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise!

Diese Preise sind sofort ungültig, wenn ein Inserat mit höheren Preisen erscheint. Bestellen Sie also in Ihrem Interesse sofort.

Abgabe an jeden Besteller von jedem Artikel bis 50 Meter bezw. bis 20 Duzend oder 30 Stüd. Keine Abgabe an Wiederverkäufer.

- 10 **Angebleichtes Baumwolltuch**, solide Sorte, aus guten Garnen, 75 cm, per Meter **-15**
- 11 **Angebleichtes Baumwolltuch**, besonders solide, ziemlich dichtgewebe, 75 cm, per Meter **-21**
- 12 **Angebleichtes Baumwolltuch**, prima, fast unverwundlich im Gebrauch, 75 cm, per Meter **-23**
- 13 **Weißes Hemdentuch**, solide Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter **-17**
- 14 **Weißes Hemdentuch**, sehr solide, ziemlich dicke Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter **-23**
- 15 **Weißes Hemdentuch**, ganz vorzügliche, dichtgeschlossene Sorte, weiß gebleicht, für sehr gute Wäschestücke geeignet, 80 cm, per Meter **-27**
- 16 **Hemdenflanell**, besonders reißfeste, überaus haltbare, gute Sorte, garantiert schärfarbig schöne Muster, 75 cm, per Meter **-26**
- 17 **Hemdenjerse**, sehr solid und haltbar, schöne gedachte, waschichte Muster, 70 cm, per Meter **-26**
- 18 **Taschentücher**, weiß, solide Sorte mit Hohlraum, 30x30 cm, per 1/2 Duzend **-50**
- 19 **Wischtücher**, gute, haltbare Qualität, 45x45 cm, per 1/2 Duzend **-50**
- 20 **Frottierhandtücher**, aus gutem Kräftestoff, mit hübschen eingewebten Mustern, 40x90 cm, per Stüd **-29**

Besonderer Ausnahmepreis!

- 21 **Weißes Hemdentuch**, gute, besonders solide, mittelstarke dichte geschlossene, fräftige Qualität, jedoch mitunter mit kleinen, unscheinbaren Noppen versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist daselbe für gute, besonders solide, sehr haltbare, fräftige Wäschestücke zu verwenden, ca. 70 cm, p. Meter **-21**

Bestand erfolgt per Nachnahme von M. 10.— an, portofreie Lieferung von M. 20.— an.

Meine Garantie: Auf Wunsch sofortige Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.

Josef Witt, Weiden 58 (Opf.)

Größtes Webwaren-Spezialverhandlung der Art Europas, mit eigenen Webwarenfabriken — mit eigenem Andrüstungswerk

4000 Arbeiter und Angestellte.